



J. Safra Sarasin

JSS Sustainable Equity - Swiss Dividend

**Anlagefonds schweizerischen Rechts
(Art „übrige Fonds für traditionelle Anlagen“)**

Prospekt mit integriertem Fondsvertrag

August 2024

Inhaltsverzeichnis

Teil I Prospekt	3
1 Informationen über den Anlagefonds	3
2 Informationen über die Fondsleitung	11
3 Informationen über die Depotbank	12
4 Informationen über Dritte	12
5 Weitere Informationen	12
6 Weitere Anlageinformationen	13
7 Ausführliche Bestimmungen	13
Teil II Fondsvertrag	14
I. Grundlagen	14
II. Rechte und Pflichten der Vertragsparteien	14
III. Richtlinien der Anlagepolitik	17
IV. Berechnung des Nettoinventarwertes sowie Ausgabe und Rücknahme von Anteilen	24
V. Vergütungen und Nebenkosten	25
VI. Rechenschaftsablage und Prüfung	26
VII. Verwendung des Erfolges	27
VIII. Publikationen des Anlagefonds	27
IX. Umstrukturierung und Auflösung	27
X. Änderung des Fondsvertrages	29
XI. Anwendbares Recht und Gerichtsstand	29

Teil I Prospekt

Dieser Prospekt mit integriertem Fondsvertrag, das Basisinformationsblatt und der letzte Jahres- bzw. Halbjahresbericht (falls nach dem letzten Jahresbericht veröffentlicht) sind Grundlage für alle Zeichnungen von Anteilen des Anlagefonds. Gültigkeit haben nur Informationen, die im Prospekt, im Basisinformationsblatt oder im Fondsvertrag enthalten sind.

1 Informationen über den Anlagefonds

1.1 Gründung des Fonds in der Schweiz

Der Fondsvertrag des JSS Sustainable Equity – Swiss Dividend wurde von der J. Safra Sarasin Investmentfonds AG als Fondsleitung aufgestellt und mit Zustimmung der Bank J. Safra Sarasin AG als Depotbank der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA unterbreitet und von dieser erstmals am 10. Oktober 2023 genehmigt.

1.2 Für den Anlagefonds relevante Steuervorschriften

Der Anlagefonds besitzt in der Schweiz keine Rechtspersönlichkeit. Er unterliegt weder einer Ertrags- noch einer Kapitalsteuer. Die im Anlagefonds auf inländischen Erträgen abgezogene eidgenössische Verrechnungssteuer kann von der Fondsleitung für den Anlagefonds vollumfänglich zurückgefordert werden.

Ausländische Erträge und Kapitalgewinne können den jeweiligen Quellensteuerabzügen des Anlagelandes unterliegen. Soweit möglich, werden diese Steuern von der Fondsleitung aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen oder entsprechenden Vereinbarungen für die Anleger mit Domizil in der Schweiz zurückgefordert.

Die Ertragsausschüttungen des Anlagefonds (an in der Schweiz und im Ausland domizilierte Anleger) unterliegen der eidgenössischen Verrechnungssteuer (Quellensteuer) von 35%. Die mit separatem Coupon ausgewiesenen Kapitalgewinne unterliegen keiner Verrechnungssteuer.

In der Schweiz domizilierte Anleger können die in Abzug gebrachte Verrechnungssteuer durch Deklaration in der Steuererklärung resp. durch separaten Verrechnungssteuerantrag zurückfordern.

Im Ausland domizilierte Anleger können die Verrechnungssteuer nach dem allfällig zwischen der Schweiz und ihrem Domizilland bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen zurückfordern. Bei fehlendem Abkommen besteht keine Rückforderungsmöglichkeit.

Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage und Praxis aus. Änderungen der Gesetzgebung, Rechtsprechung bzw. Erlasse und Praxis der Steuerbehörden bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Die Besteuerung und die übrigen steuerlichen Auswirkungen für den Anleger beim Halten bzw. Kaufen oder Verkaufen von Fondsanteilen richten sich nach den steuergesetzlichen Vorschriften im Domizilland des Anlegers. Für diesbezügliche Auskünfte wenden sich Anleger an ihren Steuerberater. Weder die Fondsleitung noch die Depotbank können eine Verantwortung für die individuellen Steuerfolgen beim Anleger aus dem

Kaufen und Verkaufen bzw. dem Halten von Fondsanteilen übernehmen.

Der Anlagefonds hat folgenden Steuerstatus:

Internationaler automatischer Informationsaustausch in Steuersachen (automatischer Informationsaustausch):

Dieser Anlagefonds qualifiziert für die Zwecke des automatischen Informationsaustausches im Sinne des gemeinsamen Melde- und Sorgfaltsstandard der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Informationen über Finanzkonten (GMS) als nicht meldendes Finanzinstitut.

FATCA:

Der Anlagefonds ist bei den US-Steuerbehörden als „Qualified Collective Investment Vehicle“ (QCIV) im Sinne der Sections 1471 – 1474 des U.S. Internal Revenue Code (Foreign Account Tax Compliance Act, einschliesslich diesbezüglicher Erlasse, „FATCA“) angemeldet.

1.3 Rechnungsjahr

Das Rechnungsjahr läuft jeweils vom 1. September bis 31. August.

1.4 Prüfgesellschaft

Prüfgesellschaft ist die Deloitte AG, Zürich.

1.5 Anteile

Die Anteile werden nicht verbrieft, sondern buchmässig geführt.

Gemäss Fondsvertrag steht der Fondsleitung das Recht zu, mit Zustimmung der Depotbank und Genehmigung der Aufsichtsbehörde jederzeit verschiedene Anteilsklassen zu schaffen, aufzuheben oder zu vereinigen.

Es bestehen zurzeit folgende Anteilsklassen:

„P CHF dist“,
 „I CHF dist“,
 „M CHF dist“,
 „C CHF dist“,
 „Y CHF dist“,
 „E CHF dist“.

Alle zurzeit ausgegebenen Anteilsklassen sind ausschüttend. Die Anteilsklassen unterscheiden sich in den Voraussetzungen für den Erwerb und in der Kostenstruktur (vgl. Ziff. 1.11).

Für den Erwerb der Anteilsklasse „P CHF dist“ bestehen keine speziellen Vorschriften hinsichtlich Mindestanlage oder besonderer qualifizierender Merkmale der Anleger.

Die Anteilsklasse „I CHF dist“ ist qualifizierten Anlegern gemäss Art. 10 Abs. 3 - 3ter KAG vorbehalten. Überdies besteht für die Anteilsklasse „I CHF dist“ ein Mindestinvestitionsbetrag für die Erstinvestition von 1 Mio. der Währung der entsprechenden Anteilsklasse, jedoch unabhängig davon, ob die Investition für eigene oder für fremde Rechnung erfolgt. Für

allfällige Folgeinvestitionen bestehen keine Einschränkungen betreffend Investitionsbetrag.

Die Anteilsklasse „M CHF dist“ ist vorbehalten für qualifizierte Anleger im Sinne von Art. 10 Abs. 3 - 3ter KAG, die ein Vermögensverwaltungsmandat oder eine spezifische Vereinbarung, welche ausdrücklich die Investition in diese Anteilsklasse vorsieht, mit der Bank J. Safra Sarasin AG bzw. einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen abgeschlossen haben. Auf Anteile der Anteilsklasse "M CHF dist" wird keine pauschale Verwaltungskommission belastet.

Die Entschädigung für die Bestandteile Leitung, Asset Management und Vertrieb wird im Rahmen oben genannter Verträge von der Bank J. Safra Sarasin AG bzw. ihren Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen erhoben. Diese Ermächtigung ist ausdrücklich in den Verträgen zwischen der Fondsleitung und der Vermögensverwalterin sowie zwischen der Fondsleitung und der Bank geregelt. Die im Rahmen der M-Anteilsklasse anfallenden Kosten für die Leitung werden der Fondsleitung aufgrund einer separaten vertraglichen Vereinbarung mit der Bank vergütet.

Die Anteilsklasse „C CHF dist“ ist vorbehalten für:

1. Anleger, die ein Vermögensverwaltungsmandat oder einen Beratungsvertrag mit der Bank J. Safra Sarasin AG bzw. einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen abgeschlossen haben,
2. in der Schweiz oder anderen Ländern ansässige beaufichtigte Finanzintermediäre wie Banken, Effekthändler, Fondsleitungen und Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen sowie andere Vermögensverwalter, welche die Anlagen im eigenen Namen und:
 - a) für sich selber
 - b) für ihre Kunden im Rahmen eines Vermögensverwaltungs- oder Beratungsmandats
 - c) für eine kollektive Kapitalanlage tätigen.
3. Anleger, die Anlagen aufgrund eines mit den in Ziffer 2) genannten beaufsichtigten Finanzintermediären oder Vermögensverwaltern abgeschlossenen Beratungsvertrags tätigen.
4. Mitarbeitende der J. Safra Sarasin Gruppe

Die Anteilsklasse „Y CHF dist“ ist vorbehalten für Privatanleger, die ein Vermögensverwaltungsmandat mit der Bank J. Safra Sarasin AG oder einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen abgeschlossen haben.

Die Anteilsklasse „E CHF dist“ steht Kunden der Bank J. Safra Sarasin AG oder einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen offen, welche bereits vor dem Zeitpunkt der Zeichnung in das „Open End Tracker Certificate in CHF on a Dynamic Equity Income Switzerland Reference Portfolio“ investiert waren und welche zwecks Switch in den Fonds investieren möchten. Diese Anteilsklasse kann für einen begrenzten Zeitraum ausgegeben werden.

Sollte bei Anlegern der Anteilsklassen „I CHF dist“, „M CHF dist“, „C CHF dist“, „Y CHF dist“ und „E CHF dist“ zu einem späteren Zeitpunkt eine der verlangten Voraussetzungen dahinfallen, steht der Fondsleitung das Recht zu, den Wechsel dieser Anleger in eine für sie zulässige Anteilsklasse zu veranlassen.

Konversion von Anteilen

Die Anteilinhaber können jederzeit von einer Anteilsklasse in eine andere wechseln, sofern sie die Voraussetzungen der Anteilsklasse, in die sie wechseln möchten, erfüllen. Für die Einreichung der Konversionsanträge gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen (vgl. § 17).

Die Anteilsklassen stellen keine segmentierten Vermögen dar. Entsprechend kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Anteilsklasse für Verbindlichkeiten einer anderen Anteilsklasse haftet, auch wenn Kosten grundsätzlich nur derjenigen Anteilsklasse belastet werden, der eine bestimmte Leistung zukommt.

1.6 Kotierung und Handel

Die Anteile sind nicht an einer Börse kotiert.

1.7 Bedingungen für die Ausgabe und Rücknahme von Fondsanteilen

Fondsanteile werden an jedem Bankwerktag (Montag bis Freitag) ausgegeben oder zurückgenommen. Keine Ausgabe oder Rücknahme findet an schweizerischen Feiertagen (Ostern, Pfingsten, Weihnachten, Neujahr, Nationalfeiertag etc.) statt sowie an Tagen, an welchen die Börsen bzw. Märkte der Hauptanlageländer des Anlagefonds geschlossen sind oder wenn ausserordentliche Verhältnisse im Sinn von § 17 Ziff. 4 des Fondsvertrages vorliegen.

Jeder Anleger kann beantragen, dass er im Falle einer Zeichnung anstelle einer Einzahlung in bar Anlagen an das Fondsvermögen leistet („Sacheinlage“ oder „contribution in kind“ genannt) bzw. dass ihm im Falle einer Kündigung anstelle einer Auszahlung in bar Anlagen übertragen werden („Sachauszahlung“ oder „redemption in kind“). Der Antrag ist zusammen mit der Zeichnung bzw. mit der Kündigung zu stellen. Die Fondsleitung ist nicht verpflichtet, Sachein- und Sachauszahlungen zu zulassen.

Die Fondsleitung entscheidet allein über Sacheinlagen oder Sachauszahlungen und stimmt solchen Geschäften nur zu, sofern die Ausführung der Transaktionen vollumfänglich im Einklang mit der Anlagepolitik des Anlagefonds steht und die Interessen der übrigen Anleger dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Die Details von Sacheinlagen und –rücknahmen sind in §17 Ziff. 7 ff Fondsvertrag geregelt.

Zeichnungs- und Rücknahmeanträge, die bis spätestens 12:00 MEZ Uhr an einem Bankwerktag (Auftragstag) bei der Depotbank vorliegen, werden am nächsten Bankwerktag (Bewertungstag) auf der Basis des an diesem Tag berechneten Inventarwerts abgewickelt. Der zur Abrechnung gelangende Nettoinventarwert ist somit im Zeitpunkt der Auftragserteilung noch

nicht bekannt (Forward Pricing). Er wird am Bewertungstag aufgrund der Schlusskurse des Auftrags tags berechnet.

Der Ausgabepreis der Anteile einer Klasse ergibt sich aus dem am Bewertungstag berechneten Nettoinventarwert, zuzüglich der Ausgabekommission. Die Höhe der Ausgabekommission ist aus der nachfolgenden Ziff. 1.11 des Prospekts ersichtlich.

Der Rücknahmepreis der Anteile einer Klasse entspricht dem am Bewertungstag berechneten Nettoinventarwert dieser Klasse, abzüglich der Rücknahmekommission. Die Höhe der Rücknahmekommission ist aus der nachfolgenden Ziff. 1.11 des Prospekts ersichtlich.

Ausgabe- und Rücknahmepreis werden auf 0.01 der Rechnungseinheit der jeweiligen Anteilsklasse gerundet. Die Zahlung erfolgt jeweils einen Bankarbeitstag nach dem Bewertungstag (Valuta zwei Tage).

1.8 Verwendung der Erträge

Die Ausschüttung der Erträge erfolgt jeweils vor Ende Dezember.

1.9 Anlageziel und Anlagepolitik des Anlagefonds

1.9.1 Anlageziel

Der Anlagefonds strebt einen attraktiven Kapitalertrag sowie ein langfristiges Kapitalwachstum an. Der Anlagefonds investiert hierzu in Beteiligungswertpapiere und -rechte von Unternehmen, die ihren Sitz oder den überwiegenden Teil ihrer wirtschaftlichen Aktivität in der Schweiz oder Liechtenstein haben, für die eine überdurchschnittliche und kontinuierliche Dividendenrendite erwartet wird. Solide Bilanzen, beständige freie Cashflows, ein stetiges Gewinnwachstum sind bei der Auswahl der Aktien von entscheidender Bedeutung. Die Anlagen erfolgen in verschiedenen Sektoren und Marktkapitalisierungen (Small, Mid, Large).

1.9.2 Anlagepolitik

Die Fondsleitung investiert das Vermögen des Anlagefonds in Beteiligungswertpapiere und -rechte von Unternehmen, die ihren Sitz oder den überwiegenden Teil ihrer wirtschaftlichen Aktivität in der Schweiz oder in Liechtenstein haben und für die eine überdurchschnittliche und kontinuierliche Dividendenrendite erwartet wird. Solide Bilanzen, beständige freie Cashflows und ein stetiges Gewinnwachstum sind bei der Auswahl der Aktien von entscheidender Bedeutung. Die Anlagen erfolgen in verschiedenen Sektoren und Marktkapitalisierungen (Small, Mid, Large), wobei Investitionen in Nebenwerte (Small Caps) auf maximal 30% des Nettofondsvermögens beschränkt sind.

Die Anlagen können auch über Derivate und andere gemäss Fondsvertrag zulässige Anlagen erfolgen. Daneben darf der Fonds auch flüssige Mittel in Schweizer Franken (CHF) halten.

Referenzindex ist der Swiss Performance Index (SPI)®. Der SPI® ist der am meisten beachtete Gesamtmarkt-Index der Schweiz. Er ist ein dividendenkorrigierter Index, welcher alle an der SIX Swiss Exchange® gehandelten Beteiligungspapiere von Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz oder im Fürstentum

Liechtenstein enthält. Dieser Anlagefonds wird in keiner Weise von der SIX Swiss Exchange AG unterstützt, abgetreten, verkauft oder beworben und die SIX Swiss Exchange AG leistet in keiner Weise (weder ausdrücklich noch stillschweigend) Gewähr für die Ergebnisse, welche durch den Gebrauch des SPI® (der „Index“) erzielt werden können, und/oder für die Höhe des Indexes zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Datum. SIX Swiss Exchange war in keinerlei Form an der Erstellung der in dieser Berichterstattung enthaltenen Informationen beteiligt. SIX Swiss Exchange übernimmt keinerlei Gewährleistung und schliesst jegliche Haftung (sowohl aus fahrlässigem sowie aus anderem Verhalten) in Bezug auf die in dieser Berichterstattung enthaltenen Informationen – wie unter anderem für die Genauigkeit, Angemessenheit, Richtigkeit, Vollständigkeit, Rechtzeitigkeit und Eignung für beliebige Zwecke – sowie hinsichtlich Fehlern, Auslassungen oder Unterbrechungen in den SMI Indices® oder dessen Daten aus. Jegliche Verbreitung oder Weitergabe der von SIX Swiss Exchange stammenden Informationen ist untersagt.

Neben finanziellen Erwägungen integriert der Fonds Umwelt-, Sozial- und Governance Aspekte (ESG oder Nachhaltigkeit) in jedem Schritt des Anlageprozesses. Dabei kommen folgende Ansätze zur Anwendung: Standardmässige Ausschlüsse von JSS, Positive Screening, ESG-Integration und Stewardship. Dies gilt für den gesamten Anlageprozess, von der Definition des Anlageuniversums über die Anlageanalyse bis hin zu Portfolioaufbau und Risikomanagement. Der Anlagefonds strebt die Vermeidung umstrittener Engagements, die Minimierung von ESG-Risiken, Nutzung von ESG-Chancen, die Erzielung eines überdurchschnittlichen ESG-Profiles sowie bewusstes Streben nach positiven Ergebnissen mittels Anlagen in Unternehmen an, die sich durch nachhaltige Produkte und Dienstleistungen hervor tun. Dabei kommen die folgenden Instrumente und Methoden zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels zur Anwendung: Normenbasierte Ausschlüsse und Ausschlüsse von umstrittenen Aktivitäten („Standardmässige Ausschlüsse von JSS“), Positive-Screening/Worst-out Ansatz (Portfolio besser als Vergleichsgrösse, Übergewichtung von guten Titeln, Untergewichtung schlechter Titel und Vermeidung schlechter Titel im Peer-Vergleich).

Um hohe Nachhaltigkeitsstandards – einschliesslich der Steuerung klimabezogener Risiken – zu gewährleisten, hat die Bank J. Safra Sarasin AG zur Entwicklung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie das interne „Corporate Sustainability Board“ (CSB) ins Leben gerufen. Das CSB wird durch den externen „Sustainable Investment Advisory Council“ beraten, ein internationales Expertengremium, das die Bank J. Safra Sarasin AG in Bezug auf Konzept, Auswahlkriterien und Definition auszuschliessender Geschäftsaktivitäten unterstützt.

Detaillierte Informationen zur nachhaltigen Anlagepolitik finden Sie unter:

Sustainable Investment Policy:

<https://publications.jsafrasarasin.com/publicationpublic/get-latestpublication?prefix=SustainableInvestmentPolicy&lang=en>

Der nachhaltige Anlageprozess stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar: Der erste Schritt im nachhaltigen Anlageprozess ist die Definition des Anlageuniversums in Übereinstimmung mit den ESG-Kriterien, die die Vermögensverwalterin auf Grundlage der von der Bank J. Safra Sarasin AG durchgeführten Nachhaltigkeitsanalyse (nachstehend näher beschrieben) festlegt. In dieser Phase werden umstrittene Aktivitäten ausgeschlossen und eine Prüfung auf nachhaltigkeitsbezogene Positiv- und Negativfaktoren durchgeführt (Ausschluss der schlechtesten Werte der jeweiligen Klasse):

Normenbasierte Ausschlüsse und Ausschlüsse von umstrittenen Aktivitäten („Standardmässige Ausschlüsse von JSS“)

Bestimmte Geschäftstätigkeiten, die als nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar angesehen werden, führen zum Ausschluss von Unternehmen aus dem nachhaltigen Anlageuniversum, das auf den folgenden Ausschlusskriterien (einschliesslich Umsatzobergrenzen) beruht:

- Kontroverse Waffen (keine);
- Verteidigung und Rüstung (kleiner als 5%);
- Kohle (kleiner als 5% für Kohleförderung und kleiner als 10% für Kohleverstromung);
- Gentechnisch veränderte Organismen in Landwirtschaft und Medizin (keine);
- Palmöl (kleiner als 5% falls nicht mindestens 75% der Standorte vom Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) zertifiziert sind);
- Tabak (kleiner als 5%);
- Erwachsenenunterhaltung (kleiner als 5%);
- Menschenrechtsverletzungen gemäss internationaler Normen (strukturelle, anhaltende Nicht-Einhaltung der Grundsätze des UN Global Compact) (keine);

Prüfung auf Positiv- und Negativkriterien: Positive Screening/ Worst-out-Ansatz

Die Bank J. Safra Sarasin AG definiert das Anlageuniversum über einen ESG-Ansatz, bei dem die besten Werte der jeweiligen Klasse ausgewählt werden (Positive Screening /Best-in-Class-Ansatz) oder über einen ESG-Ansatz, bei dem die schlechtesten Werte ausgeschlossen werden (Worst-out-Ansatz). Das Anlageuniversum wird gemäss der unternehmenseigenen und markenrechtlich geschützten „Nachhaltigkeitsmatrix“ definiert.

Zu den ESG-Kriterien können unter anderem folgende gehören:

- Unternehmensführung (z.B. Zusammensetzung des Verwaltungsrats, Vergütung der Führungskräfte, Governance-Kodizes);
- Änderung der Vorschriften (z.B. Beschränkung der Treibhausgasemissionen);

- Physische Bedrohungen (z.B. Klimawandel);
- Marken- und Reputationsprobleme (z.B. Arbeitsschutzbilanz, IT-Sicherheit);
- Lieferkettenmanagement (z.B. Arbeitsunfälle mit Ausfalltagen, Todesfälle, Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis);
- Arbeitspraktiken (z.B. Gesundheits-, Sicherheits- und Menschenrechtsbestimmungen, Modern Slavery Act).

Die Nachhaltigkeitsbewertung von Unternehmen erfolgt mit der proprietären J. Safra Sarasin Nachhaltigkeitsmatrix. Für die Analysen zur Erstellung dieser Nachhaltigkeitsmatrix werden Daten externer Datenanbieter wie zum Beispiel MSCI und RepRisk, sowie weitere öffentlich zugängliche Quellen wie Webseiten oder Jahresberichte genutzt.

Der Ansatz basiert einerseits auf der Analyse der ESG-Risiken und -Chancen von Unternehmen innerhalb deren Industrie, und andererseits auf der Beurteilung der Industrie selber. Das Unternehmensrating verwendet eine Reihe materieller Nachhaltigkeitsthemen («Key-Issues») in der betreffenden Branche. Die Leistung eines Unternehmens wird mit anderen Unternehmen der gleichen Branche verglichen. Durch eine Medienanalyse berücksichtigt das Unternehmensrating auch eine Auswertung kontroverser Vorfälle und Ereignisse und deren Behebung/Aufarbeitung durch das Unternehmen.

Das Branchenrating basiert auf der Analyse direkter und indirekter negativer Externalitäten, wobei die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt wird. Die Branchenanalyse vergleicht die Umwelt- (E), Sozial- (S) und Governance-Risiken (G) einer Branche im Vergleich zu anderen Branchen. Das finale Rating eines Unternehmens in der Nachhaltigkeitsmatrix kombiniert das Unternehmensrating und das Branchenrating. Basierend auf dem Resultat des finalen Ratings werden die Unternehmen in vier Kategorien «A», «B», «C» und «D» gemäss der J. Safra Sarasin Nachhaltigkeitsmatrix eingeteilt.

Der Fonds investiert in Unternehmen mit einem Mindestrating von «A» und «B» gemäss der proprietären J. Safra Sarasin Nachhaltigkeitsmatrix.

ESG Integration Bei der fundamentalen Anlageanalyse fliessen ESG-Faktoren in die Analyse ein. In diesem Schritt des Prozesses reichert die Vermögensverwalterin bzw. der Analyst die finanzielle Bewertung mit Daten zu ESG-Faktoren, den Nachhaltigkeitszielen der UNO, Klima- und sonstigen Nachhaltigkeitsaspekten an, um einen ganzheitlichen Blick auf das Anlagekonzept zu erhalten und so eine fundiertere Entscheidung treffen zu können.

Die Vermögensverwalterin überwacht die ESG-Bewertungen und klimabezogenen Kennzahlen und vergleicht diese mit der Benchmark in ihren Risikomanagementsystemen. Zusätzlich wird die Entwicklung im Hinblick auf ESG-Faktoren und Klimaschutz auch durch ein vom Asset Management unabhängiges Gremium der Bank J. Safra Sarasin AG beobachtet.

Stewardship (Active Ownership)

Dieser Anlagefonds fällt in den Geltungsbereich der Stewardship Policy der Bank J. Safra Sarasin AG. Dieser Ansatz verwendet die Instrumente Voting und Engagement.

- a) **Voting:** Um das Engagement zu verstärken, übt die Fondsleitung die mit den Anlagen des Fonds verbundenen Stimmrechte basierend auf Stimmrechtsempfehlungen der Vermögensverwalterin gemäss Ziff. 2.6 des Prospektes aus (Voting). Die Stimmrechtsempfehlungen können sich unter anderem auf die von der Vermögensverwalterin geführten Dialoge mit den Unternehmen, in die investiert wird, abstützen. Im Falle der Stimmrechtsvertretung hat die Fondsleitung spezifische Leitlinien in Zusammenarbeit mit der Bank J. Safra Sarasin AG («Sustainability – Stewardship Team») entwickelt, die den allgemeinen Ansatz für nachhaltige Anlagen und die Research-Methodik widerspiegeln und systematisch ESG-Erwägungen berücksichtigen und die Unabhängigkeit der Fondsleitung bei der Ausübung der Stimmrechte garantiert.
- b) **Engagement:** Der Fonds kann seine Nachhaltigkeitseigenschaften durch Engagement verstärken, in dem anhand von identifizierten spezifischen Herausforderungen im ESG-Bereich ausgewählte Unternehmen einzeln angesprochen werden, um verantwortungsvollere soziale, ökologische und Governance-Praktiken (ESG) einzuführen. Dieses Engagement wird von Bank J. Safra Sarasin AG im Auftrag der Fondsleitung und unter Mitwirkung der Vermögensverwalterin realisiert, wenn eine unternehmensspezifische Schwäche mit Optimierungspotential identifiziert wird. Um die Wirkung des Engagements zu verstärken, kann die Bank J. Safra Sarasin AG als Teil von Investorengruppen kollaboratives Engagement durchführen. Dies kann über spezialisierte Engagement-Plattformen oder in bilateraler Zusammenarbeit mit anderen Investoren erfolgen. Engagement-Themen können beobachtete Schwächen einzelner Unternehmen adressieren oder über thematische Engagements mehrere Unternehmen gleichzeitig betreffen. Relevante Engagement Themen werden aus materiellen Nachhaltigkeitsschwächen ganzer Wertschöpfungsketten oder (Sub-)Industrien abgeleitet. Aktuelle Engagement Themen können dem Stewardship Report der Bank J. Safra Sarasin AG entnommen werden. Beispielfhaft können Governance und klimafreundliche Produktion genannt werden.

Anhand einer ESG-Due Diligence, welche qualitative und quantitative Faktoren berücksichtigt, wird eine Nachhaltigkeitsliste für investierbare Zielfonds ermittelt. Der Fonds darf ausschliesslich in Zielfonds von der Nachhaltigkeits-Liste investiert werden.

Der Berichtsrahmen für das ESG-Portfolio umfasst eine relative und absolute Beurteilung der ESG-Performance des

Gesamtportfolios in Bezug auf eine Reihe finanziell wesentlicher ESG-Kennzahlen. Diese ESG-Kennzahlen werden im Rahmen der Anlagerisiko-Governance der Vermögensverwalterin geprüft und besprochen.

1.9.3 Sicherheitenstrategie im Rahmen von Geschäften mit derivativen Finanzinstrumenten

Bei Geschäften mit derivativen Finanzinstrumenten können Gegenparteirisiken auftreten. Um diese zu minimieren, können die Fondsleitung und die Depotbank von den Gegenparteien Sicherheiten als Garantie verlangen.

Als Sicherheiten sind die folgenden Arten zulässig:

- Aktien, sofern sie an einer Börse oder einem anderen, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, über eine hohe Liquidität verfügen und Bestandteil eines massgebenden Indexes sind.
- Börsennotierte ETFs in der Form von Effektenfonds, übrige Fonds für traditionelle Anlagen nach Schweizer Recht oder von OGAW, sofern sie einen massgebenden Index nachbilden und den Index physisch replizieren. Swap-basierte, synthetisch replizierende ETFs sind nicht zulässig.
- Obligationen, sofern sie an einer Börse oder einem anderen, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden und der Emittent über eine erstklassige Bonität verfügt. Bei Staatsanleihen aus USA, Japan, UK, Deutschland (inkl. Bundesländer), Schweiz (inkl. Kantone) ist kein Rating notwendig.
- Handelbare Schatzbriefe und Schatzanweisungen mit einer Staatsgarantie, sofern der Staat oder die Emission über ein erstklassiges Rating verfügt oder sie von den USA, Japan, UK, Deutschland (inkl. Bundesländer), der Schweiz (inkl. Kantone) herausgegeben werden.
- Geldmarktfonds, sofern sie der AMAS-Richtlinie für Geldmarktfonds oder der CESR Guideline für Geldmarktfonds entsprechen, eine tägliche Rückgabemöglichkeit gegeben ist und die Anlagen von hoher Qualität sind.
- Barmittel (Cash Collateral), sofern sie auf eine frei konvertierbare Währung lauten.

Zentral abgewickelte Derivatgeschäfte unterliegen immer einer Besicherung, wobei sich Umfang und Höhe nach den jeweiligen Vorschriften der zentralen Gegenpartei, resp. der Clearingstelle richten.

Für nicht zentral abgewickelte Derivatgeschäfte können die Fondsleitung oder ihre Beauftragten mit den Gegenparteien Besicherungsvereinbarungen schliessen. Der Wert der ausgetauschten Sicherheiten muss dauernd mindestens dem Wiederbeschaffungswert der ausstehenden Derivatgeschäfte entsprechen.

Einzelne Sicherheiten können mit einem Abschlag bewertet werden, welcher sich aus der Volatilität der Märkte und der Liquidierbarkeit der Sicherheit ergibt. Für die Besicherung gelten folgende Mindestabschläge (% Abzug vom Marktwert):

- Börsennotierte Aktien und ETFs: 20% – 75%

- Staatsanleihen (inkl. Schatzanweisungen und Schatzbriefe), begeben oder garantiert von USA, UK, Japan, Deutschland oder Schweiz (inkl. Kantone): 3%
- Übrige Staatsanleihen (inkl. Schatzanweisungen und Schatzbriefe): 5%
- Unternehmensanleihen: 6%
- Geldmarktfonds: 3%
- Barmittel sofern nicht in Fondswährung: 5%
- Barmittel in Fondswährung: 0%

Barsicherheiten können wie folgt und mit folgenden Risiken wieder angelegt werden:

Bankguthaben auf Sicht oder mit kurzer Kündigungsfrist, Staatsanleihen mit einer hohen Bonität, Geldmarktinstrumente mit Gegenparteien, welche über eine hohe Bonität verfügen sowie Geldmarktfonds, welche der AMAS-Richtlinie oder der CESR Guideline für Geldmarktfonds unterliegen. Die Wiederanlage der Barsicherheiten muss immer in derselben Währung wie die der entgegengenommenen Sicherheiten erfolgen.

1.9.4 Der Einsatz von Derivaten

Die Fondsleitung darf Derivate einsetzen. Der Einsatz von Derivaten darf jedoch auch unter ausserordentlichen Marktverhältnissen nicht zu einer Abweichung von den Anlagezielen beziehungsweise zu einer Veränderung des Anlagecharakters des Fonds führen. Bei der Risikomessung gelangt der Commitment-Ansatz I zur Anwendung.

Die Derivate bilden Teil der Anlagestrategie und werden nicht nur zur Absicherung von Anlagepositionen eingesetzt.

Im Zusammenhang mit kollektiven Kapitalanlagen dürfen Derivate nur zum Zwecke der Währungsabsicherung eingesetzt werden. Vorbehalten bleibt die Absicherung von Markt-, Zins- und Kreditrisiken bei kollektiven Kapitalanlagen, sofern die Risiken eindeutig bestimmbar und messbar sind.

Es dürfen nur Derivat-Grundformen verwendet werden, d.h. Call- oder Put-Optionen, Credit-Default Swaps (CDS), Swaps und Termingeschäfte (Futures und Forwards), wie sie im Fondsvertrag näher beschrieben sind (vgl. § 12 des Fondsvertrages), sofern deren Basiswerte gemäss Anlagepolitik als Anlage zulässig sind. Die Derivate können an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offenstehenden Markt gehandelt oder OTC (over-the-counter) abgeschlossen sein. Derivate unterliegen neben dem Markt- auch dem Gegenparteiisiko, d.h. dem Risiko, dass die Vertragspartei ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann und dadurch einen finanziellen Schaden verursacht.

Mit einem CDS wird das Ausfallrisiko einer Kreditposition vom Risikoverkäufer auf den Risikokäufer übertragen. Dieser wird dafür mit einer Prämie entschädigt. Die Höhe dieser Prämie hängt u.a. von der Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts und der maximalen Höhe des Schadens ab; beide Faktoren sind in der Regel schwer zu bewerten, was das mit CDS verbundene Risiko erhöht. Der Anlagefonds kann sowohl als Risikoverkäufer wie auch als Risikokäufer auftreten.

Der Einsatz dieser Instrumente darf auch unter ausserordentlichen Marktverhältnissen weder eine Hebelwirkung (sog.

Leverage) auf das Fondsvermögen ausüben noch einem Leerverkauf entsprechen.

1.10 Nettoinventarwert

Der Nettoinventarwert eines Anteils einer Klasse ergibt sich aus der der betreffenden Anteilsklasse am Verkehrswert des Fondsvermögens zukommenden Quote, vermindert um allfällige Verbindlichkeiten des Anlagefonds, die der betreffenden Anteilsklasse zugeteilt sind, dividiert durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile der entsprechenden Klasse. Er wird auf 0.01 Rechnungseinheit der jeweiligen Anteilsklasse kaufmännisch gerundet. Fraktionen von Anteilen werden auf drei Stellen hinter dem Komma berechnet.

1.11 Vergütungen und Nebenkosten

1.11.1 Vergütungen und Nebenkosten zulasten des Fondsvermögens (Auszug aus § 19 des Fondsvertrags)

Pauschale Verwaltungskommission

- Anteile der Klasse „P CHF dist“:
höchstens 1,95% p.a. des Nettoinventarwerts
- Anteile der Klasse „I CHF dist“:
höchstens 1,40% p.a. des Nettoinventarwerts
- Anteile der Klasse „M CHF dist“:
höchstens 0,00% p.a. des Nettoinventarwerts; wird separat erhoben
- Anteile der Klasse „C CHF dist“:
höchstens 1,50% p.a. des Nettoinventarwerts
- Anteile der Klasse „Y CHF dist“:
höchstens 1,30% p.a. des Nettoinventarwerts
- Anteile der Klasse „E CHF dist“:
höchstens 1,70% p.a. des Nettoinventarwerts

Die Kommission wird (ausser bei der Anteilsklasse „M CHF dist“) verwendet für die Leitung, die Vermögensverwaltung und gegebenenfalls für die Vertriebstätigkeit in Bezug auf den Anlagefonds wie auch für die Entschädigung der Depotbank für die von ihr erbrachten Dienstleistungen wie die Aufbewahrung des Fondsvermögens, die Besorgung des Zahlungsverkehrs und die sonstigen in § 4 des Fondsvertrags aufgeführten Aufgaben.

Ausserdem werden aus der pauschale Verwaltungskommission der Fondsleitung Retrozessionen und/oder Rabatte gemäss Ziff 1.11.3 des Prospekts bezahlt.

Für die Auszahlung des Jahresertrages an die Anleger belastet die Depotbank dem Anlagefonds eine Kommission von höchstens 0,5% des Bruttobetrages der Ausschüttung.

Zusätzlich können dem Anlagefonds die weiteren in § 19 des Fondsvertrags aufgeführten Vergütungen und Nebenkosten in Rechnung gestellt werden.

Die effektiv angewandten Sätze sind jeweils aus dem Jahres- und Halbjahresbericht ersichtlich.

Die Verwaltungskommission der Zielfonds, in die investiert wird, darf höchstens 3% betragen. Im Jahresbericht ist der maximale Satz der Verwaltungskommissionen der Zielfonds, in die investiert wird, anzugeben.

1.11.2 Total Expense Ratio

Der Koeffizient der gesamten, laufend dem Fondsvermögen belasteten Kosten (Total Expense Ratio, TER) werden ab Ablauf des ersten Geschäftsjahres an dieser Stelle ausgewiesen.

1.11.3 Zahlung von Retrozessionen und Rabatten

Die Fondsleitung und deren Beauftragte können Retrozessionen zur Entschädigung der Vertriebstätigkeit von Fondsanteilen in der Schweiz oder von der Schweiz aus bezahlen. Mit dieser Entschädigung können insbesondere Tätigkeiten abgegolten werden, die darauf abzielen, den Vertrieb oder die Vermittlung von Fondsanteilen zu fördern, wie die Organisation von Road Shows, die Teilnahme an Veranstaltungen und Messen, die Herstellung von Werbematerial, die Schulung von Vertriebsmitarbeitern etc.

Retrozessionen gelten nicht als Rabatte, auch wenn sie ganz oder teilweise letztendlich an die Anleger weitergeleitet werden. Die Empfänger der Retrozessionen gewährleisten eine transparente Offenlegung und informieren den Anleger von sich aus kostenlos über die Höhe der Entschädigung, die sie für den Vertrieb erhalten können.

Auf Anfrage legen die Empfänger der Retrozessionen die effektiv erhaltenen Beträge, welche sie für den Vertrieb der kollektiven Kapitalanlagen dieser Anleger erhalten, offen.

Die Fondsleitung und deren Beauftragte können im Zusammenhang mit der Vertriebstätigkeit in der Schweiz oder von der Schweiz aus Rabatte auf Verlangen direkt dem Anleger bezahlen. Rabatte dienen dazu, die auf die betreffenden Anleger entfallenden Gebühren oder Kosten zu reduzieren. Rabatte sind zulässig, sofern sie

- aus Gebühren der Fondsleitung bezahlt werden und somit das Fondsvermögen nicht zusätzlich belasten;
- aufgrund von objektiven Kriterien gewährt werden;
- sämtlichen Anlegern, welche die objektiven Kriterien erfüllen, unter gleichen zeitlichen Voraussetzungen im gleichen Umfang gewährt werden.

Die objektiven Kriterien zur Gewährung von Rabatten sind:

- Das vom Anleger gezeichnete Volumen bzw. das von ihm gehaltene Gesamtvolumen in der kollektiven Kapitalanlage oder gegebenenfalls in der Produktpalette des Promotors;
- Die Höhe der vom Anleger generierten Gebühren;
- Das vom Anleger praktizierte Anlageverhalten (z.B. erwartete Anlagedauer);
- Die Unterstützungsbereitschaft des Anlegers in der Lancierungsphase einer kollektiven Kapitalanlage.

Auf Anfrage des Anlegers legt die Fondsleitung die entsprechende Höhe der Rabatte kostenlos offen.

1.11.4 Vergütungen und Nebenkosten zulasten der Anleger (Auszug aus § 18 des Fondsvertrages)

Ausgabekommission zugunsten der Fondsleitung, Depotbank und/oder Vertriebssträgern im In- und Ausland:

- höchstens 3% für Anteile der Anteilklassen "P", "C" und „E“
- höchstens 0.00% für Anteile der Anteilklassen "I", "M" und "Y"

Rücknahmekommission: keine.

1.11.5 Gebührenteilungsvereinbarungen („commission sharing agreements“) und geldwerte Vorteile („soft commissions“)

Die Fondsleitung hat keine Gebührenteilungsvereinbarungen („commission sharing agreements“) geschlossen.

Die Fondsleitung hat keine Vereinbarungen bezüglich sogenannten „soft commissions“ geschlossen.

1.11.6 Anlagen in verbundene kollektive Kapitalanlagen

Bei Anlagen in kollektive Kapitalanlagen, welche die Fondsleitung unmittelbar oder mittelbar selbst verwaltet, oder die von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Fondsleitung durch eine gemeinsame Verwaltung, Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, wird keine Ausgabe- und Rücknahmekommission belastet.

1.12 Einsicht der Berichte

Der Prospekt mit integriertem Fondsvertrag, das Basisinformationsblatt und die Jahres- bzw. Halbjahresberichte können bei der Fondsleitung, der Depotbank und allen Vertreibern kostenlos bezogen werden.

1.13 Rechtsform des Anlagefonds

Der Anlagefonds ist ein Anlagefonds schweizerischen Rechts der Art "übrige Fonds für traditionelle Anlagen" gemäss Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006.

Der Anlagefonds basiert auf einem Kollektivanlagevertrag (Fondsvertrag), in dem sich die Fondsleitung verpflichtet, den Anleger nach Massgabe der von ihm erworbenen Fondsanteile am Anlagefonds zu beteiligen und diesen gemäss den Bestimmungen von Gesetz und Fondsvertrag selbständig und im eigenen Namen zu verwalten. Die Depotbank nimmt nach Massgabe der ihr durch Gesetz und Fondsvertrag übertragenen Aufgaben am Fondsvertrag teil.

1.14 Wesentliche Risiken

Die wesentlichen Risiken des Anlagefonds bestehen darin, dass die Wertentwicklung des Fonds aufgrund der Investition in Aktien primär durch unternehmensspezifische Veränderungen und Änderungen des Wirtschaftsumfelds beeinflusst wird. Der Markt in Beteiligungsrechten an mittelgrossen und

insbesondere kleinen Unternehmen ist zum Teil wenig liquide. Dies kann einerseits den Handel in diesen Instrumenten je nach Marktverfassung bedeutend erschweren, andererseits auch zu überdurchschnittlichen Kursveränderungen führen. Vorübergehend kann dies eine realistische Preisbildung bei einzelnen Positionen verhindern. Der Wert der Anlagen des Fonds kann deshalb Schwankungen unterliegen und es gibt keine Gewähr, dass der Wert der gehaltenen Fondsanteile beim Verkauf dem ursprünglich eingesetzten Kapital entspricht. Entspricht die Bezugswährung des Investors nicht der Anlagewährung des Fonds, besteht zudem ein Wechselkursrisiko.

Bis höchstens 10% des Fondsvermögens dürfen in Aktiven gemäss § 15 Ziff. 1 des Fondsvertrags desselben Emittenten bzw. Schuldners angelegt werden.

Ungeachtet hiervon dürfen Emittenten bzw. Schuldner, die im Referenzindex enthalten sind und in diesem Index höher als 7% gewichtet sind, das 10% Limit bis zu einer Index-Übergewichtung von maximal 3 Prozentpunkten überschreiten. Die Anlagen sind jedoch auf mindestens 15 Emittenten bzw. Schuldner aufzuteilen.

Diese im Vergleich zu den Effektenfonds weniger restriktiven Begrenzungen sind notwendig, um eine Ausrichtung der Anlagepolitik an den gängigen Marktindices zu ermöglichen. Dadurch kann es zu einer Konzentration des Fondsvermögens auf einige wenige, im Marktindex enthaltene Titel kommen, was zu einer Erhöhung der titelspezifischen Risiken führt. Dies kann zu einem Gesamtrisiko des Anlagefonds führen, das über dem Risiko der repräsentativen Schweizer Aktienindices liegt.

Nachhaltigkeitsrisiken:

Ein Nachhaltigkeitsrisiko ist ein umweltbezogenes, soziales oder die Unternehmensführung betreffendes Ereignis oder eine entsprechende Gegebenheit, dessen beziehungsweise deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert der vom Anlagefonds getätigten Anlagen haben könnte („Nachhaltigkeitsrisiko“). Dieses Risiko steht auch in Zusammenhang mit klimabedingten Ereignissen, die sich aus dem Klimawandel (sogenannte physische Risiken) oder der Reaktion der Gesellschaft auf den Klimawandel (sogenannte Übergangsrisiken) ergeben und unvorhergesehene Verluste nach sich ziehen könnten, die sich auf die Anlagen und die finanzielle Lage des Anlagefonds auswirken könnten. Soziale Ereignisse (z.B. Ungleichheit, Inklusivität, Arbeitsbeziehungen, Investition in Humankapital, Unfallverhütung, Veränderung des Kundenverhaltens usw.) oder staatliche Versäumnisse (z.B. wiederholter erheblicher Verstoß gegen internationale Verträge, Bestechungsversuche, Produktqualität und -sicherheit, Verkaufspraktiken usw.) können ebenfalls zu Nachhaltigkeitsrisiken führen. Nachhaltigkeitsrisiken fließen mittels des ESG-Integrationsansatzes in die Anlageentscheidung und die Risikoüberwachung ein und spiegeln die potenziellen oder tatsächlichen Risiken und/oder Chancen für die Maximierung der langfristigen risikobereinigten Renditen des Anlagefonds wider. Die Auswirkungen des Auftretens eines Nachhaltigkeitsrisikos können vielfältig sein und sich je nach spezifischem Risiko, Region und Anlageklasse unterscheiden. Wenn

ein Nachhaltigkeitsrisiko für einen Vermögenswert auftritt, bedeutet dies in der Regel negative Auswirkungen auf den Wert des Vermögens oder führt zu einem vollständigen Verlust von dessen Wert. Eine solche Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen muss daher auf Portfolioebene stattfinden. Es wird damit gerechnet, dass der Anlagefonds einer breiten Palette an Nachhaltigkeitsrisiken unterliegt, die sich von Unternehmen zu Unternehmen unterscheiden. Insbesondere sind manche Märkte und Sektoren Nachhaltigkeitsrisiken stärker ausgesetzt als andere. So kann der Energiesektor – bekanntermassen ein Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen – grösserem regulatorischem oder öffentlichem Druck und somit grösseren Risiken ausgesetzt sein als andere Sektoren. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, dass sich einzelne Nachhaltigkeitsrisiken wesentlich negativ auf den finanziellen Wert des Anlagefonds auswirken.

Weitere Risiken in Verbindung mit dem ESG-Ansatz:

- Das Fehlen etablierter Standards und harmonisierter Definitionen im Bereich des nachhaltigen Investierens kann zu unterschiedlichen Interpretationen und Ansätzen in der Festlegung und Umsetzung nachhaltiger Anlageziele führen. Dies erschwert einerseits die Vergleichbarkeit verschiedener nachhaltiger Finanzinstrumente. Andererseits ist die Nachvollziehbarkeit der Ausgestaltung und Anwendung von Nachhaltigkeitsansätzen im Anlageprozess eingeschränkt, da der Vermögensverwalterin ein gewisses subjektives Ermessen zukommt.
- ESG-Ansatz Risiken umfassen das Umweltrisiko (Risiko infolge des Exposures bei Emittenten, die eine Verschlechterung der Umwelt und/oder die Erschöpfung natürlicher Ressourcen bewirken könnten, oder die unter den Folgen davon leiden könnten), das soziale Risiko (Risiko infolge des Exposures bei Emittenten, die unter ungünstigen Folgen von sozialen Faktoren leiden könnten) und das Governance-Risiko (Risiko infolge des Exposures bei Emittenten, die unter den negativen Folgen von mangelhaften Governance-Strukturen leiden könnten). Durch die gleichzeitige Betrachtung und Kombination von E-, S- und G-Risiken ist es möglich, dass ein einzelnes Risiko bei der Gesamtbetrachtung weniger Beachtung findet als bei Strategien, die speziell auf dieses spezifische Risiko ausgerichtet sind.
- Die Berücksichtigung von ESG-Faktoren im Rahmen der Anlagepolitik stützt sich teilweise auf von externen Anbietern stammende Informationen; trotz sorgfältiger Auswahl dieser Anbieter, bei denen es sich um anerkannte Spezialisten handelt, ist nicht auszuschliessen, dass die Angaben unvollständig, ungenau, unrichtig, unterschiedlich oder nicht verfügbar sind. Daher besteht ein Risiko, dass ein Emittent oder ein Wertpapier falsch beurteilt wird und daher zu Unrecht in das Portfolio des Fonds aufgenommen oder daraus ausgeschlossen wird.
- Die Verwendung von ESG-Kriterien kann die Wertentwicklung des Anlagefonds beeinflussen. Daher kann sich der Anlagefonds im Vergleich zu ähnlichen Fonds, bei denen

- solche Kriterien nicht angewendet werden, anders entwickeln.
- Sofern in der Anlagepolitik des Anlagefonds Ausschlusskriterien auf ESG-Basis festgelegt werden, kann dies dazu führen, dass der Anlagefonds darauf verzichtet, bestimmte Wertpapiere zu kaufen, auch wenn ein Kauf vorteilhaft wäre, bzw. Wertpapiere aufgrund ihrer ESG Eigenschaften verkaufen, auch wenn dies nachteilig sein könnte.
- Es gibt keine Gewissheit, dass Engagement Aktivitäten jeweils zum erwarteten Ergebnis führen. Anvisierte Resultate können sich unter Umständen auch erst später als erhofft einstellen.

Kredit- und Gegenparteienrisiko

Wenn der Fonds mit Drittparteien geschäftliche Beziehungen, inkl. ausserbörslichen, eingeht (Kreditaufnahme, Geldmarktanlagen, Emittenten von Derivaten, u.a.), ist er Gegenparteienrisiko ausgesetzt, d.h. dass die Drittparteien ihren Verpflichtungen gegebenenfalls nicht vollumfänglich nachkommen können.

1.15 Liquiditätsrisikomanagement

Die Fondsleitung stellt ein angemessenes Liquiditätsmanagement sicher. Die Fondsleitung beurteilt die Liquidität des Anlagefonds monatlich unter verschiedenen Szenarien und dokumentiert diese. Insbesondere hat die Fondsleitung folgende Risiken identifiziert und entsprechende Massnahmen vorgesehen:

Die Liquidität des Anlagefonds soll immer ausreichend sein, um Rücknahmeverpflichtungen und andere Lieferungs- und Zahlungsverpflichtungen sicherzustellen. Das Liquiditätsmanagement umfasst zu diesem Zweck Stresstests und Szenarioanalysen und integriert modellierte Nettoabflüsse.

2 Informationen über die Fondsleitung

2.1 Allgemeine Angaben zur Fondsleitung

Fondsleitung ist die J. Safra Sarasin Investmentfonds AG. Seit der Gründung im Jahre 1993 als Aktiengesellschaft ist die Fondsleitung mit Sitz in Basel im Fondsgeschäft tätig.

2.2 Weitere Angaben zur Fondsleitung

Die Fondsleitung verwaltet in der Schweiz per 31. Dezember 2023 insgesamt 18 kollektive Kapitalanlagen, wobei sich die Summe der verwalteten Vermögen auf 2'884 Mio. CHF. belief.

J. Safra Sarasin Investmentfonds AG, Wallstrasse 9, 4000 Basel, <https://www.jsafrasarasin.com/content/jsafrasarasin/language-masters/de/expertise/tailored-funds-solutions.html>

2.3 Verwaltungsrat

- Oliver Cartade (Präsident des Verwaltungsrates), Mitglied der Geschäftsleitung der Bank J. Safra Sarasin AG, Basel

- Urs Oberer (Vizepräsident des Verwaltungsrates), Managing Director der Bank J. Safra Sarasin AG, Basel
- Daniel Graf, Managing Director der Bank J. Safra Sarasin AG, Basel
- Jan Stig Rasmussen, unabhängiger Verwaltungsrat

Geschäftsleitung

- Michaela Imwinkelried, Managing Director
- Sarah Saade, Executive Director
- Elvan Sahin, Executive Director
- Valter Rinaldi, Executive Director
- Pinar Tiniç, Director

2.4 Gezeichnetes und einbezahltes Kapital

Die Höhe des gezeichneten Aktienkapitals der Fondsleitung beträgt am 31. Dezember 2023 CHF 4 Mio. Das Aktienkapital ist in Namenaktien eingeteilt und voll einbezahlt. Die J. Safra Sarasin Investmentfonds AG ist eine 100%-ige Konzerngesellschaft der J. Safra Sarasin Holding AG, zu der auch die Bank J. Safra Sarasin AG gehört.

Die Fondsleitung ist bei den US-Steuerbehörden als „Participating Foreign Financial Institution“ (PFFI) im Sinne der Sections 1471 – 1474 des U.S. Internal Revenue Code (Foreign Account Tax Compliance Act, einschliesslich diesbezüglicher Erlasse, „FATCA“) angemeldet (GIIN: IPRKWG.00010.ME.756).

2.5 Übertragung der Anlageentscheide

Die Anlageentscheide des Anlagefonds sind an die Bank J. Safra Sarasin AG, Basel, eine 100%-ige Konzerngesellschaft der J. Safra Sarasin Holding AG übertragen.

2.6 Ausübung von Mitgliedschafts- und Gläubigerrechten

Die Fondsleitung übt die mit den Anlagen der verwalteten Fonds verbundenen Mitgliedschafts- und Gläubigerrechte unabhängig und ausschliesslich im Interesse der Anleger aus. Die Anleger erhalten auf Wunsch bei der Fondsleitung Auskunft über die Ausübung der Mitgliedschafts- und Gläubigerrechte.

Bei anstehenden Routinegeschäften ist es der Fondsleitung freigestellt, die Mitgliedschafts- und Gläubigerrechte selber auszuüben oder die Ausübung an die Depotbank oder Dritte zu delegieren, sowie auf die Ausübung der Mitgliedschafts- und Gläubigerrechte zu verzichten.

Bei allen sonstigen Traktanden, welche die Interessen der Anleger nachhaltig tangieren könnten, wie namentlich bei der Ausübung von Mitgliedschafts- und Gläubigerrechten, welche der Fondsleitung als Aktionärin oder Gläubigerin der Depotbank oder sonstiger ihr nahestehender juristischer Personen zustehen, übt die Fondsleitung das Stimmrecht selber aus oder erteilt ausdrückliche Weisungen. Sie darf sich dabei auf Informationen abstützen, die sie von der Depotbank, der Vermögensverwalterin, der Gesellschaft oder von Stimmrechtsberatern und weiteren Dritten erhält oder aus der Presse erfährt.

Die Fondsleitung berichtet über die Engagement-Aktivitäten im geprüften Jahresbericht des Anlagefonds.

3 Informationen über die Depotbank

3.1 Allgemeine Angaben zur Depotbank

Depotbank ist die Bank J. Safra Sarasin AG, Elisabethenstrasse 62, Depotbankkontrolle, 4051 Basel. Die Bank wurde im Jahr 1841 in Basel gegründet.

3.2 Weitere Angaben zur Depotbank

Die Depotbank ist eine Schweizer Privatbank mit Standorten in Europa, Asien, dem Mittleren Osten und Lateinamerika. Ihre Hauptaktivitäten umfassen die Anlageberatung, die Vermögensverwaltung für private und institutionelle Kunden, die Depotführung, die Gewährung von Krediten, die Ausführung von Wertschriftentransaktionen sowie das Anlagefondsgeschäft. Anlagestiftungen, Corporate Finance und Market Making ergänzen das Dienstleistungsangebot.

Die Depotbank kann Dritt- und Zentralverwahrer im In- und Ausland mit der Aufbewahrung des Fondsvermögens beauftragen, soweit dies im Interesse einer sachgerechten Verwahrung liegt. Für Finanzinstrumente darf die Übertragung nur an beaufsichtigte Dritt- oder Zentralverwahrer erfolgen. Davon ausgenommen ist die zwingende Verwahrung an einem Ort, an dem die Übertragung an beaufsichtigte Dritt- oder Zentralverwahrer nicht möglich ist, wie insbesondere aufgrund zwingender Rechtsvorschriften oder der Modalitäten des Anlageprodukts. Damit gehen folgende Risiken einher: Die Dritt- und Zentralverwahrung bringt es mit sich, dass die Fondsleitung an den hinterlegten Wertpapieren nicht mehr das Allein-, sondern nur noch das Miteigentum hat. Sind die Dritt- und Zentralverwahrer überdies nicht beaufsichtigt, so dürften sie organisatorisch nicht den Anforderungen genügen, welche an Schweizer Banken gestellt werden. Bei einer Drittverwahrung im Ausland sind zudem die Rechtsvorschriften und Usancen des jeweiligen Verwahrungsortes anwendbar.

Die Depotbank haftet für den durch den Beauftragten verursachten Schaden, sofern sie nicht nachweisen kann, dass sie bei der Auswahl, Instruktion und Überwachung die nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet hat.

Die Depotbank ist bei den US-Steuerbehörden als „Participating Foreign Financial Institution“ (PFFI) im Sinne der Sections 1471 – 1474 des U.S. Internal Revenue Code (Foreign Account Tax Compliance Act, einschliesslich diesbezüglicher Erlasse, „FATCA“) angemeldet (GIIN: IPRKWG.00000.LE.756).

4 Informationen über Dritte

4.1 Zahlstellen

Zahlstelle ist die Bank J. Safra Sarasin AG, Elisabethenstrasse 62, 4051 Basel.

4.2 Vertreiber

Die Fondsleitung kann den Vertrieb und das Marketing des Fonds an Dritte übertragen. Insbesondere agiert die Bank J. Safra Sarasin AG als Vertreiberin.

4.3 Übertragung weiterer Teilaufgaben

Die Fondsbuchhaltung wird von der CACEIS Bank, Montrouge, Zweigniederlassung Zürich / Schweiz geführt, die sich durch ihre langjährige Erfahrung in der Anlagefonds- und Wertschriftenbuchhaltung auszeichnet. Die genaue Ausführung des Auftrages regelt ein zwischen der J. Safra Sarasin Investmentfonds AG und der CACEIS Bank, Montrouge, Zweigniederlassung Zürich / Schweiz abgeschlossener Delegationsvertrag.

5 Weitere Informationen

5.1 Nützliche Hinweise

Valorennummern

- Anteilsklasse „P CHF dist“ 126589063
- Anteilsklasse „I CHF dist“ 126589252
- Anteilsklasse „M CHF dist“ 126589321
- Anteilsklasse „C CHF dist“ 126589350
- Anteilsklasse „Y CHF dist“ 126589352
- Anteilsklasse „E CHF dist“ 126589358

Kotierung keine

Rechnungsjahr 1. September bis 31. August

Laufzeit unbeschränkt

Rechnungseinheit Schweizer Franken (CHF)

Anteile Namentitel (buchmässig geführt), keine physische Auslieferung

Verwendung der Erträge Ausschüttung der Erträge jeweils vor Ende Dezember

5.2 Publikationen des Anlagefonds

Weitere Informationen über den Anlagefonds sind im letzten Jahres- bzw. Halbjahresbericht enthalten. Zudem können aktuellste Informationen im Internet unter www.jsafrasarasin.ch abgerufen werden.

Bei einer Fondsvertragsänderung, einem Wechsel der Fondsleitung oder der Depotbank sowie der Liquidation des Anlagefonds erfolgt die Veröffentlichung auf der elektronischen Plattform der Swiss Fund Data AG (www.swissfunddata.ch).

Der Nettoinventarwert "exklusive Kommissionen" der Anteile wird täglich auf der elektronischen Plattform der Swiss Fund Data AG (www.swissfunddata.ch) sowie insbesondere unter www.jsafrasarasin.ch/funds publiziert.

5.3 Verkaufsrestriktionen

Bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen dieses Anlagefonds im Ausland kommen die dort geltenden Bestimmungen zur Anwendung.

- a) Für folgende Länder liegt eine Vertriebsbewilligung vor: Schweiz.
- b) Anteile dieses Anlagefonds dürfen innerhalb der USA, weder angeboten, verkauft noch ausgeliefert werden.

Anteile dieses Anlagefonds dürfen Bürgern der USA oder Personen mit Wohnsitz in den USA und/oder anderen natürlichen oder juristischen Personen, deren Einkommen und/oder Ertrag,

ungeachtet der Herkunft, der US-Einkommensteuer unterliegt, sowie Personen, die gemäss Regulation S des US Securities Act von 1933 in seiner aktuellen Fassung und/oder dem US Commodity Exchange Act in der jeweils aktuellen Fassung als US-Personen gelten oder Personen, die in den Anwendungsbereich der FATCA-Bestimmungen fallen, weder angeboten noch verkauft oder ausgeliefert werden.

Die Fondsleitung und die Depotbank können gegenüber natürlichen oder juristischen Personen in bestimmten Ländern und Gebieten den Verkauf, die Vermittlung oder Übertragung von Anteilen untersagen oder beschränken.

6 Weitere Anlageinformationen

6.1 Profil des typischen Anlegers

Der Fonds eignet sich für Anleger mit mittel- bis langfristigem Anlagehorizont, die einen attraktiven sowie nachhaltigen

Kapitalertrag und einen langfristigen Vermögenszuwachs anstreben. Er richtet sich als Basisanlage in Schweizer Aktien an private Anleger. Der Wert von Aktien wird primär durch markt- und titelspezifische Faktoren beeinflusst und kann daher sowohl steigen als auch fallen. Die Anleger können daraus resultierende Schwankungen des Nettoinventarwertes der Fondsanteile in Kauf nehmen und sind nicht auf einen bestimmten Termin hin auf eine Realisierung der Anlage angewiesen.

7 Ausführliche Bestimmungen

Alle weiteren Angaben zum Anlagefonds wie zum Beispiel die Bewertung des Fondsvermögens, die Aufführung sämtlicher dem Anleger und dem Anlagefonds belasteten Vergütungen und Nebenkosten sowie die Verwendung des Erfolges gehen im Detail aus dem Fondsvertrag hervor.

Teil II Fondsvertrag

I. Grundlagen

§ 1 Bezeichnung; Firma und Sitz von Fondsleitung, Depotbank und Vermögensverwalterin

1. Unter der Bezeichnung JSS Sustainable Equity – Swiss Dividend besteht ein vertraglicher Anlagefonds der Art «übrige Fonds für traditionelle Anlagen» (der „Anlagefonds“) im Sinne von Art. 25 ff. i.V.m. Art. 68 ff. des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006 (KAG).
2. Fondsleitung ist die J. Safra Sarasin Investmentfonds AG, Basel.
3. Depotbank ist die Bank J. Safra Sarasin AG, Basel.
4. Vermögensverwalterin ist die Bank J. Safra Sarasin AG, Basel.

II. Rechte und Pflichten der Vertragsparteien

§ 2 Der Fondsvertrag

Die Rechtsbeziehungen zwischen Anlegerneinerseits und Fondsleitung sowie Depotbank andererseits werden durch den vorliegenden Fondsvertrag und die einschlägigen Bestimmungen der Kollektivanlagengesetzgebung geordnet.

§ 3 Die Fondsleitung

1. Die Fondsleitung verwaltet den Anlagefonds für Rechnung der Anleger selbständig und in eigenem Namen. Sie entscheidet insbesondere über die Ausgabe von Anteilen, die Anlagen und deren Bewertung. Sie berechnet den Nettoinventarwert und setzt Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie Gewinnausschüttungen fest. Sie macht alle zum Anlagefonds gehörenden Rechte geltend.
2. Die Fondsleitung und ihre Beauftragten unterliegen der Treue-, Sorgfalts- und Informationspflicht. Sie handeln unabhängig und wahren ausschliesslich die Interessen der Anleger. Sie treffen die organisatorischen Massnahmen, die für eine einwandfreie Geschäftsführung erforderlich sind. Sie legen Rechenschaft ab über die von ihnen verwalteten kollektiven Kapitalanlagen und informieren über sämtliche den Anlegern direkt oder indirekt belasteten Gebühren und Kosten sowie über von Dritten zugeflossene Entschädigungen, insbesondere Provisionen, Rabatte oder sonstige vermögenswerte Vorteile.
3. Die Fondsleitung darf Anlageentscheide sowie Teilaufgaben Dritten übertragen, soweit dies im Interesse einer sachgerechten Verwaltung liegt. Sie beauftragt ausschliesslich Personen, die über die für diese Tätigkeit notwendigen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen und über die erforderlichen Bewilligungen verfügen. Sie instruiert und überwacht die beigezogenen Dritten sorgfältig.

Die Anlageentscheide dürfen nur an Vermögensverwalter übertragen werden, die über die erforderliche Bewilligung verfügen.

Die Fondsleitung bleibt für die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Pflichten verantwortlich und wahrt bei der Übertragung von Aufgaben die Interessen der Anleger. Für Handlungen der Personen, denen die Fondsleitung Aufgaben übertragen hat, haftet sie wie für eigenes Handeln.

4. Die Fondsleitung kann mit Zustimmung der Depotbank eine Änderung dieses Fondsvertrages bei der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einreichen (siehe § 27).
5. Die Fondsleitung kann den Anlagefonds mit anderen Anlagefonds gemäss den Bestimmungen von § 24 vereinigen, gemäss den Bestimmungen von § 25 in eine andere Rechtsform einer kollektiven Kapitalanlage umwandeln oder gemäss den Bestimmungen von § 26 auflösen.
6. Die Fondsleitung hat Anspruch auf die in den §§ 18 und 19 vorgesehenen Vergütungen, auf Befreiung von den Verbindlichkeiten, die sie in richtiger Erfüllung ihrer Aufgaben eingegangen ist, und auf Ersatz der Aufwendungen, die sie zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten gemacht hat.

§ 4 Die Depotbank

1. Die Depotbank bewahrt das Fondsvermögen auf. Sie besorgt die Ausgabe und Rücknahme der Fondsanteile sowie den Zahlungsverkehr für den Anlagefonds.
2. Die Depotbank und ihre Beauftragten unterliegen der Treue-, Sorgfalts- und Informationspflicht. Sie handeln unabhängig und wahren ausschliesslich die Interessen der Anleger. Sie treffen die organisatorischen Massnahmen, die für eine einwandfreie Geschäftsführung erforderlich sind. Sie legen Rechenschaft ab über die von ihnen aufbewahrten kollektiven Kapitalanlagen und informieren über sämtliche den Anlegern direkt oder indirekt belasteten Gebühren und Kosten sowie über von Dritten zugeflossene Entschädigungen, insbesondere Provisionen, Rabatte oder sonstige vermögenswerte Vorteile.
3. Die Depotbank ist für die Konto- und Depotführung des Anlagefonds verantwortlich, kann aber nicht selbständig über dessen Vermögen verfügen.
4. Die Depotbank gewährleistet, dass ihr bei Geschäften, die sich auf das Vermögen des Anlagefonds beziehen, der Gegenwert innert der üblichen Fristen übertragen wird. Sie benachrichtigt die Fondsleitung, falls der Gegenwert nicht innert der üblichen Frist erstattet wird, und fordert von der Gegenpartei Ersatz für den betroffenen Vermögenswert, sofern dies möglich ist.
5. Die Depotbank führt die erforderlichen Aufzeichnungen und Konten so, dass sie jederzeit die verwahrten Vermögensgegenstände der einzelnen Anlagefonds voneinander unterscheiden kann.

Die Depotbank prüft bei Vermögensgegenständen, die nicht in Verwahrung genommen werden können, das

Eigentum der Fondsleitung und führt darüber Aufzeichnungen.

6. Die Depotbank kann Dritt- und Zentralverwahrer im In- oder Ausland mit der Aufbewahrung des Fondsvermögens beauftragen, soweit dies im Interesse einer sachgerechten Verwahrung liegt. Sie prüft und überwacht, ob der von ihr beauftragte Dritt- oder Zentralverwahrer:

- a) über eine angemessene Betriebsorganisation, finanzielle Garantien und die fachlichen Qualifikationen verfügt, die für die Art und die Komplexität der Vermögensgegenstände, die ihm anvertraut wurden, erforderlich sind;
- b) einer regelmässigen externen Prüfung unterzogen und damit sichergestellt wird, dass sich die Finanzinstrumente in seinem Besitz befinden;
- c) die von der Depotbank erhaltenen Vermögensgegenstände so verwahrt, dass sie von der Depotbank durch regelmässige Bestandesabgleiche zu jeder Zeit eindeutig als zum Fondsvermögen gehörend identifiziert werden können;
- d) die für die Depotbank geltenden Vorschriften hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer delegierten Aufgaben und der Vermeidung von Interessenkollisionen einhält.

Die Depotbank haftet für den durch den Beauftragten verursachten Schaden, sofern sie nicht nachweisen kann, dass sie bei der Auswahl, Instruktion und Überwachung die nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet hat. Der Prospekt enthält Ausführungen zu den mit der Übertragung der Aufbewahrung auf Dritt- und Zentralverwahrer verbundenen Risiken.

Für Finanzinstrumente darf die Übertragung im Sinne des vorstehenden Absatzes nur an beaufsichtigte Dritt- oder Zentralverwahrer erfolgen. Davon ausgenommen ist die zwingende Verwahrung an einem Ort, an dem die Übertragung an beaufsichtigte Dritt- oder Zentralverwahrer nicht möglich ist, wie insbesondere aufgrund zwingender Rechtsvorschriften oder der Modalitäten des Anlageprodukts. Die Anleger sind im Prospekt über die Aufbewahrung durch nicht beaufsichtigte Dritt- oder Zentralverwahrer zu informieren.

7. Die Depotbank sorgt dafür, dass die Fondsleitung das Gesetz und den Fondsvertrag beachtet. Sie prüft, ob die Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe- und Rücknahmepreise der Anteile sowie die Anlageentscheide Gesetz und Fondsvertrag entsprechen und ob der Erfolg nach Massgabe des Fondsvertrags verwendet wird. Für die Auswahl der Anlagen, welche die Fondsleitung im Rahmen der Anlagevorschriften trifft, ist die Depotbank nicht verantwortlich.
8. Die Depotbank hat Anspruch auf die in den §§ 18 und 19 vorgesehenen Vergütungen, auf Befreiung von den

Verbindlichkeiten, die sie in richtiger Erfüllung ihrer Aufgaben eingegangen ist, und auf Ersatz der Aufwendungen, die sie zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten gemacht hat.

9. Die Depotbank ist für die Aufbewahrung der Vermögen der Zielfonds, in welche dieser Anlagefonds investiert, nicht verantwortlich, es sei denn, ihr wurde diese Aufgabe übertragen.

§ 5 Die Anleger

1. Der Kreis der Anleger ist nicht beschränkt. Für einzelne Klassen sind Beschränkungen gemäss § 6 Ziff. 4 möglich.
2. Die Anleger erwerben mit Vertragsabschluss und der Einzahlung in bar eine Forderung gegen die Fondsleitung auf Beteiligung am Vermögen und am Ertrag des Anlagefonds. Anstelle der Einzahlung in bar kann auf Antrag des Anlegers und mit Zustimmung der Fondsleitung eine Sacheinlage gemäss den Bestimmungen von § 17 Ziff. 7 vorgenommen werden. Die Forderung der Anleger ist in Anteilen begründet.
3. Die Anleger sind nur zur Einzahlung des von ihnen gezeichneten Anteils in den Anlagefonds verpflichtet. Ihre persönliche Haftung für Verbindlichkeiten des Anlagefonds ist ausgeschlossen.
4. Die Anleger erhalten bei der Fondsleitung jederzeit Auskunft über die Grundlagen für die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil. Machen die Anleger ein Interesse an näheren Angaben über einzelne Geschäfte der Fondsleitung wie die Ausübung von Mitgliedschafts- und Gläubigerrechten oder über das Riskmanagement oder über Sacheinlagen bzw. -auslagen geltend, so erteilt ihnen die Fondsleitung auch darüber jederzeit Auskunft. Die Anleger können beim Gericht am Sitz der Fondsleitung verlangen, dass die Prüfgesellschaft oder eine andere sachverständige Person den abklärungsbedürftigen Sachverhalt untersucht und ihnen darüber Bericht erstattet.
5. Die Anleger können den Fondsvertrag grundsätzlich jederzeit kündigen und die Auszahlung ihres Anteils am Anlagefonds in bar verlangen. Anstelle der Auszahlung in bar kann auf Antrag des Anlegers und mit Zustimmung der Fondsleitung eine Sachauslage gemäss den Bestimmungen von § 17 Ziff. 7 vorgenommen werden.
6. Die Anleger sind verpflichtet, der Fondsleitung und/oder der Depotbank und ihren Beauftragten gegenüber auf Verlangen nachzuweisen, dass sie die gesetzlichen oder fondsvertraglichen Voraussetzungen für die Beteiligung am Anlagefonds oder einer Anteilsklasse erfüllen bzw. nach wie vor erfüllen. Überdies sind sie verpflichtet, die Depotbank, die Fondsleitung und deren Beauftragte umgehend zu informieren, sobald sie diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllen.
7. Die Anteile eines Anlegers müssen durch die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank zum jeweiligen

Rücknahmepreis zwangsweise zurückgenommen werden, wenn:

- a) dies zur Wahrung des Rufes des Finanzplatzes, namentlich zur Bekämpfung der Geldwäscherei, erforderlich ist;
 - b) der Anleger die gesetzlichen oder vertraglichen Voraussetzungen zur Teilnahme an diesem Anlagefonds nicht mehr erfüllt.
8. Zusätzlich können die Anteile eines Anlegers durch die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank zum jeweiligen Rücknahmepreis zwangsweise zurückgenommen werden, wenn:
- a) die Beteiligung des Anlegers am Anlagefonds geeignet ist, die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Anleger massgeblich zu beeinträchtigen, insbesondere wenn die Beteiligung steuerliche Nachteile für den Anlagefonds im In- oder Ausland zeitigen kann;
 - b) Anleger ihre Anteile in Verletzung von Bestimmungen eines auf sie anwendbaren in- oder ausländischen Gesetzes, dieses Fondsvertrags oder des Prospekts erworben haben oder halten;
 - c) die wirtschaftlichen Interessen der Anleger beeinträchtigt werden, insbesondere in Fällen, wo einzelne Anleger durch systematische Zeichnungen und unmittelbar darauf folgende Rücknahmen Vermögensvorteile zu erzielen versuchen, indem sie Zeitunterschiede zwischen der Festlegung der Schlusskurse und der Bewertung des Fondsvermögens ausnutzen (Market Timing).

§ 6 Anteile und Anteilsklassen

1. Die Fondsleitung kann mit Zustimmung der Depotbank und Genehmigung der Aufsichtsbehörde jederzeit verschiedene Anteilsklassen schaffen, aufheben oder vereinigen. Alle Anteilsklassen berechtigen zur Beteiligung am ungeteilten Fondsvermögen, welches seinerseits nicht segmentiert ist. Diese Beteiligung kann aufgrund klassenspezifischer Kostenbelastungen oder Ausschüttungen oder aufgrund klassenspezifischer Erträge unterschiedlich ausfallen und die verschiedenen Anteilsklassen können deshalb einen unterschiedlichen Nettoinventarwert pro Anteil aufweisen. Für klassenspezifische Kostenbelastungen haftet das Vermögen des Anlagefonds als Ganzes.
2. Die Schaffung, Aufhebung oder Vereinigung von Anteilsklassen wird im Publikationsorgan bekannt gemacht. Nur die Vereinigung gilt als Änderung des Fondsvertrages im Sinne von § 27.
3. Die verschiedenen Anteilsklassen können sich namentlich hinsichtlich Kostenstruktur, Referenzwährung, Währungsabsicherung, Ausschüttung oder Thesaurierung der Erträge, Mindestanlage sowie Anlegerkreis unterscheiden. Vergütungen und Kosten werden nur derjenigen Anteilsklasse belastet, der eine bestimmte Leistung zukommt.

Vergütungen und Kosten, die nicht eindeutig einer Anteilsklasse zugeordnet werden können, werden den einzelnen Anteilsklassen im Verhältnis zum Fondsvermögen belastet.

4. Zurzeit bestehen folgende Anteilsklassen:
- „P CHF dist“,
 - „I CHF dist“,
 - „M CHF dist“,
 - „C CHF dist“,
 - „Y CHF dist“,
 - „E CHF dist“.

Alle ausgegebenen Anteilsklassen sind ausschüttend. Die Anteilsklassen unterscheiden sich in den Voraussetzungen für den Erwerb und in der Kostenstruktur (vgl. § 19).

Für den Erwerb der Anteilsklasse „P CHF dist“ bestehen keine speziellen Vorschriften hinsichtlich Mindestanlage oder besonderer qualifizierender Merkmale der Anleger.

Die Anteilsklasse „I CHF dist“ ist qualifizierten Anlegern gemäss Art. 10 Abs. 3 - 3ter KAG vorbehalten. Überdies besteht für die Anteilsklasse „I CHF dist“ ein Mindestinvestitionsbetrag für die Erstinvestition von 1 Mio. der Währung der entsprechenden Anteilsklasse, jedoch unabhängig davon, ob die Investition für eigene oder für fremde Rechnung erfolgt. Für allfällige Folgeinvestitionen bestehen keine Einschränkungen betreffend Investitionsbetrag.

Die Anteilsklasse „M CHF dist“ ist vorbehalten für qualifizierte Anleger im Sinne von Art. 10 Abs. 3, 3bis und 3ter KAG, die ein Vermögensverwaltungsmandat oder eine spezifische Vereinbarung, welche ausdrücklich die Investition in diese Anteilsklasse vorsieht, mit der Bank J. Safra Sarasin AG bzw. einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen abgeschlossen haben. Auf Anteile der Anteilsklasse „M CHF dist“ wird keine pauschale Verwaltungskommission belastet. Die Entschädigung für die Bestandteile Leitung, Asset Management und Vertrieb wird im Rahmen oben genannter Verträge von der Bank J. Safra Sarasin AG bzw. ihren Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen erhoben. Diese Ermächtigung ist ausdrücklich in den Verträgen zwischen der Fondsleitung und der Vermögensverwalterin sowie zwischen der Fondsleitung und der Bank geregelt. Die im Rahmen der M-Anteilsklasse anfallenden Kosten für die Leitung werden der Fondsleitung aufgrund einer separaten vertraglichen Vereinbarung mit der Bank vergütet.

Die Anteilsklasse „C CHF dist“ ist vorbehalten für:

- 1) Anleger, die ein Vermögensverwaltungsmandat oder einen Beratungsvertrag mit der Bank J. Safra

- Sarasin AG bzw. einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen abgeschlossen haben,
- 2) in der Schweiz oder anderen Ländern ansässige beaufsichtigte Finanzintermediäre wie Banken, Effekthändler, Fondsleitungen und Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen sowie andere Vermögensverwalter, welche die Anlagen im eigenen Namen und:
 - a) für sich selber
 - b) für ihre Kunden im Rahmen eines Vermögensverwaltungs- oder Beratungsmandats
 - c) für eine kollektive Kapitalanlage tätigen.
 - 3) Anleger, die Anlagen aufgrund eines mit den in Ziffer 2) genannten beaufsichtigten Finanzintermediären oder Vermögensverwaltern abgeschlossenen Beratungsvertrags tätigen.
 - 4) Mitarbeitende der J. Safra Sarasin Gruppe

Die Anteilsklasse „Y CHF dist“ ist vorbehalten für Privatanleger, die ein Vermögensverwaltungsmandat mit der Bank J. Safra Sarasin AG oder einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen abgeschlossen haben.

Die Anteilsklasse „E CHF dist“ steht Kunden der Bank J. Safra Sarsin AG oder einer ihrer Konzerngesellschaften oder Zweigniederlassungen offen, welche bereits vor dem Zeitpunkt der Zeichnung in das „Open End Tracker Certificate in CHF on a Dynamic Equity Income Switzerland Reference Portfolio“ investiert waren und welche zwecks Switch in den Fonds investieren möchten. Diese Anteilsklasse kann für einen begrenzten Zeitraum ausgegeben werden.

Sollte bei Anlegern der Anteilsklassen „I CHF dist“, „M CHF dist“, „C CHF dist“, „Y CHF dist“ und „E CHF dist“ zu einem späteren Zeitpunkt eine der verlangten Voraussetzungen dahinfallen, steht der Fondsleitung das Recht zu, den Wechsel dieser Anleger in eine für sie zulässige Anteilsklasse zu veranlassen.

5. Die Anteile werden nicht verbrieft, sondern buchmässig geführt. Der Anleger ist nicht berechtigt, die Aushändigung eines auf den Namen oder auf den Inhaber lautenden Anteilscheines zu verlangen.
6. Die Depotbank und die Fondsleitung sind verpflichtet, Anleger, welche die Voraussetzungen zum Halten einer Anteilsklasse nicht mehr erfüllen, aufzufordern, ihre Anteile innert 30 Kalendertagen im Sinne von § 17 zurückzugeben, an eine Person zu übertragen, die die genannten Voraussetzungen erfüllt oder in Anteile einer anderen Klasse umzutauschen, deren Bedingungen sie erfüllen. Leistet der Anleger dieser Aufforderung nicht Folge, muss die

Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank entweder einen zwangsweisen Umtausch in eine andere Anteilsklasse dieses Anlagefonds oder, sofern dies nicht möglich ist, eine zwangsweise Rücknahme im Sinne von § 5 Ziff. 7 der betreffenden Anteile vornehmen.

III. Richtlinien der Anlagepolitik

A Anlagegrundsätze

§ 7 Einhaltung der Anlagevorschriften

1. Bei der Auswahl der einzelnen Anlagen beachtet die Fondsleitung im Sinne einer ausgewogenen Risikoverteilung die nachfolgend aufgeführten prozentualen Beschränkungen. Diese beziehen sich auf das Fondsvermögen zu Verkehrswerten und sind ständig einzuhalten. Dieser Anlagefonds muss die Anlagebeschränkungen sechs Monate nach Ablauf der Zeichnungsfrist (Lancierung) erfüllen.
2. Werden die Beschränkungen durch Marktveränderungen überschritten, so müssen die Anlagen unter Wahrung der Interessen der Anleger innerhalb einer angemessenen Frist auf das zulässige Mass zurückgeführt werden. Werden Beschränkungen in Verbindung mit Derivaten gemäss § 12 nachstehend durch eine Veränderung des Deltas verletzt, so ist der ordnungsgemässe Zustand unter Wahrung der Interessen der Anleger spätestens innerhalb von drei Bankwerktagen wieder herzustellen.

§ 8 Anlagepolitik

1. Die Fondsleitung kann das Vermögen dieses Anlagefonds in die nachfolgenden Anlagen investieren. Die mit diesen Anlagen verbundenen Risiken sind im Prospekt offen zu legen.
 - a) Effekten, das heisst massenweise ausgegebene Wertpapiere und nicht verurkundete Rechte mit gleicher Funktion (Wertrechte), die an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, und die ein Beteiligungs- oder Forderungsrecht oder das Recht verkörpern, solche Wertpapiere und Wertrechte durch Zeichnung oder Austausch zu erwerben, wie namentlich Warrants; Anlagen in Effekten aus Neuemissionen sind nur zulässig, wenn deren Zulassung an einer Börse oder einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt in den Emissionsbedingungen vorgesehen ist. Sind sie ein Jahr nach dem Erwerb noch nicht an der Börse oder an einem anderen dem Publikum offen stehenden Markt zugelassen, so sind die Titel innerhalb eines Monats zu verkaufen oder in die Beschränkungsregel von Ziff. 1 Bst. h einzubeziehen.

- b) Derivate, wenn (i) ihnen als Basiswerte Effekten gemäss Bst. a, Derivate gemäss Bst. b, Anteile an kollektiven Kapitalanlagen gemäss Bst. d, Geldmarktinstrumente gemäss Bst. f, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse, Kredite oder Währungen zugrunde liegen, und (ii) die zu Grunde liegenden Basiswerte gemäss Fondsvertrag als Anlagen zulässig sind. Derivate sind entweder an einer Börse oder an einem andern geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt oder OTC gehandelt; OTC-Geschäfte sind nur zulässig, wenn (i) die Gegenpartei ein beaufsichtigter, auf dieses Geschäft spezialisierter Finanzintermediär ist, und (ii) die OTC-Derivate täglich handelbar sind oder eine Rückgabe an den Emittenten jederzeit möglich ist. Zudem sind sie zuverlässig und nachvollziehbar bewertbar. Derivate können gemäss § 12 eingesetzt werden.
- c) Strukturierte Produkte, wenn (i) ihnen als Basiswerte Effekten gemäss Bst. a, Derivate gemäss Bst. b, strukturierte Produkte gemäss Bst. c, Anteile an kollektiven Kapitalanlagen gemäss Bst. d, Geldmarktinstrumente gemäss Bst. f, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse, Kredite oder Währungen zugrunde liegen und (ii) die zu Grunde liegenden Basiswerte gemäss Fondsvertrag als Anlagen zulässig sind. Strukturierte Produkte sind entweder an einer Börse oder an einem andern geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt oder OTC gehandelt; OTC-Geschäfte sind nur zulässig, wenn (i) die Gegenpartei ein beaufsichtigter, auf dieses Geschäft spezialisierter Finanzintermediär ist, und (ii) die OTC-Produkte täglich handelbar sind oder eine Rückgabe an den Emittenten jederzeit möglich ist. Zudem sind sie zuverlässig und nachvollziehbar bewertbar.
- d) Anteile an anderen kollektiven Kapitalanlagen (Zielfonds), wenn (i) deren Dokumente die Anlagen in andere Zielfonds ihrerseits insgesamt auf 10% begrenzen; (ii) für diese Zielfonds in Bezug auf Zweck, Organisation, Anlagepolitik, Anlegerschutz, Risikoverteilung, getrennte Verwahrung des Fondsvermögens, Kreditaufnahme, Kreditgewährung, Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, Ausgabe und Rücknahme der Anteile und Inhalt der Halbjahres- und Jahresberichte gleichwertige Bestimmungen gelten wie für übrige Fonds für traditionelle Anlagen und (iii) diese Zielfonds im Sitzstaat als kollektive Kapitalanlagen zugelassen sind und dort einer dem Anlegerschutz dienenden, der schweizerischen gleichwertigen Aufsicht unterstehen, und die internationale Amtshilfe gewährleistet ist.
- e) Die Fondsleitung darf unter Vorbehalt von § 19 Anteile von Zielfonds erwerben, die unmittelbar oder mittelbar von ihr selbst oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der sie durch gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist.
- f) Geldmarktinstrumente, wenn diese liquide und bewertbar sind sowie an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden; Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, dürfen nur erworben werden, wenn die Emission oder der Emittent Vorschriften über den Gläubiger- und den Anlegerschutz unterliegt und wenn die Geldmarktinstrumente von Emittenten gemäss Art. 74 Abs. 2 KKV begeben oder garantiert sind.
- g) Guthaben auf Sicht und auf Zeit mit Laufzeiten bis zu zwölf Monaten bei Banken, die ihren Sitz in der Schweiz oder in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union haben oder in einem anderen Staat, wenn die Bank dort einer Aufsicht untersteht, die derjenigen in der Schweiz gleichwertig ist;
- h) Andere als die vorstehend in Bst. a bis f genannten Anlagen insgesamt bis höchstens 10% des Fondsvermögens; nicht zulässig sind (i) Anlagen in Edelmetallen, Edelmetallzertifikate, Waren und Wertpapieren sowie (ii) echte Leerverkäufe von Anlagen aller Art.
2. Das Anlageziel des Fonds besteht darin, einen attraktiven Kapitalertrag sowie ein langfristiges Kapitalwachstum anzustreben. Der Anlagefonds investiert hierzu in Aktien von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz oder Liechtenstein, für die eine überdurchschnittliche und kontinuierliche Dividendenrendite erwartet wird. Solide Bilanzen, beständige freie Cashflows und ein stetiges Gewinnwachstum sind bei der Auswahl der Aktien von entscheidender Bedeutung. Die Fondsleitung investiert mindestens 51% des Fondsvermögens mittels Direktanlagen in Beteiligungswertpapiere. Die Anlagen erfolgen in verschiedenen Sektoren und Marktkapitalisierungen (Small, Mid, Large), wobei Investitionen in Nebenwerte (Small Caps) auf maximal 30% des Nettofondsvermögens beschränkt sind. Neben finanziellen Erwägungen integriert der Fonds Umwelt-, Sozial- und Governance Aspekte (ESG oder Nachhaltigkeit) in jeden Schritt des Anlageprozesses. Dabei kommen folgende Ansätze zur Anwendung: Standardmässige Ausschlüsse von JSS, Positive Screening, ESG-Integration und Stewardship. Dies gilt für den gesamten Anlageprozess, von der Definition des Anlageuniversums über die Anlageanalyse bis hin zu Portfolioaufbau und Risikomanagement. Der Anlagefonds strebt die Vermeidung umstrittener Engagements, die Minimierung von ESG-Risiken, Nutzung von ESG-Chancen, die Erzielung eines

überdurchschnittlichen ESG-Profiles sowie bewusstes Streben nach positiven Ergebnissen mittels Anlagen in Unternehmen an, die sich durch nachhaltige Produkte und Dienstleistungen hervortun. Dabei kommen die folgenden Instrumente und Methoden zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels zur Anwendung: Normenbasierte Ausschlüsse und Ausschlüsse von umstrittenen Aktivitäten („Standardmässige Ausschlüsse von JSS“), Positive-Screening/Worst-out-Ansatz (Portfolio besser als Vergleichsgrösse, Übergewichtung von guten Titeln, Untergewichtung schlechter Titel und Vermeidung schlechter Titel im Peer-Vergleich).

Um hohe Nachhaltigkeitsstandards – einschliesslich der Steuerung klimabezogener Risiken – zu gewährleisten, hat die Bank J. Safra Sarasin AG zur Entwicklung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie das interne „Corporate Sustainability Board“ (CSB) ins Leben gerufen. Das CSB wird durch den externen „Sustainable Investment Advisory Council“ beraten, ein internationales Expertengremium, das die Bank J. Safra Sarasin AG in Bezug auf Konzept, Auswahlkriterien und Definition auszuschliessender Geschäftsaktivitäten unterstützt.

Detaillierte Informationen zur nachhaltigen Anlagepolitik finden Sie unter:

Sustainable Investment Policy:

<https://publications.isafrasarasin.com/publicationpublic/getlatestpublication?prefix=SustainableInvestmentPolicy&lang=en>

Der nachhaltige Anlageprozess stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar: Der erste Schritt im nachhaltigen Anlageprozess ist die Definition des Anlageuniversums in Übereinstimmung mit den ESG-Kriterien, die die Vermögensverwalterin auf Grundlage der von der Bank J. Safra Sarasin AG durchgeführten Nachhaltigkeitsanalyse (nachstehend näher beschrieben) festlegt. In dieser Phase werden umstrittene Aktivitäten ausgeschlossen und eine Prüfung auf nachhaltigkeitsbezogene Positiv- und Negativfaktoren durchgeführt (Ausschluss der schlechtesten Werte der jeweiligen Klasse):

Normenbasierte Ausschlüsse und Ausschlüsse von umstrittenen Aktivitäten („Standardmässige Ausschlüsse von JSS“)

Bestimmte Geschäftstätigkeiten, die als nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar angesehen werden, führen zum Ausschluss von Unternehmen aus dem nachhaltigen Anlageuniversum, das auf den folgenden Ausschlusskriterien (einschliesslich Umsatzobergrenzen) beruht:

- Kontroverse Waffen (keine);
- Verteidigung und Rüstung (kleiner als 5%);

- Kohle (kleiner als 5% für Kohleförderung und kleiner als 10% für Kohleverstromung);
- Gentechnisch veränderte Organismen in Landwirtschaft und Medizin (keine);
- Palmöl (kleiner als 5% falls nicht mindestens 75% der Standorte vom Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) zertifiziert sind);
- Tabak (kleiner als 5%);
- Erwachsenenunterhaltung (kleiner als 5%);
- Menschenrechtsverletzungen gemäss internationaler Normen (strukturelle, anhaltende Nicht-Einhaltung der Grundsätze des UN Global Compact) (keine);

Prüfung auf Positiv- und Negativkriterien: Positive Screening/ Worst-out-Ansatz

Die Bank J. Safra Sarasin definiert das Anlageuniversum über einen ESG-Ansatz, bei dem die besten Werte der jeweiligen Klasse ausgewählt werden (Positive Screening/Best-in-Class-Ansatz) oder über einen ESG-Ansatz, bei dem die schlechtesten Werte ausgeschlossen werden (Worst-out-Ansatz). Das Anlageuniversum wird gemäss der unternehmenseigenen und markenrechtlich geschützten „Nachhaltigkeitsmatrix“ definiert.

Zu den ESG-Kriterien können unter anderem folgende gehören:

- Unternehmensführung (z.B. Zusammensetzung des Verwaltungsrats, Vergütung der Führungskräfte, Governance-Kodizes);
- Änderung der Vorschriften (z.B. Beschränkung der Treibhausgasemissionen);
- Physische Bedrohungen (z.B. Klimawandel);
- Marken- und Reputationsprobleme (z.B. Arbeitsschutzbilanz, IT-Sicherheit);
- Lieferkettenmanagement (z.B. Arbeitsunfälle mit Ausfalltagen, Todesfälle, Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis);
- Arbeitspraktiken (z.B. Gesundheits-, Sicherheits- und Menschenrechtsbestimmungen, Modern Slavery Act).

Die Nachhaltigkeitsbewertung von Unternehmen erfolgt mit der proprietären J. Safra Sarasin Nachhaltigkeitsmatrix. Für die Analysen zur Erstellung dieser Nachhaltigkeitsmatrix werden Daten externer Datenanbieter wie zum Beispiel MSCI und RepRisk, sowie weitere öffentlich zugängliche Quellen wie Webseiten oder Jahresberichte genutzt.

Der Ansatz basiert einerseits auf der Analyse der ESG-Risiken und -Chancen von Unternehmen innerhalb deren Industrie, und andererseits auf der Beurteilung der Industrie selber. Das Unternehmensrating verwendet eine Reihe materieller Nachhaltigkeitsthemen («Key-Issues») in der

betreffenden Branche. Die Leistung eines Unternehmens wird mit anderen Unternehmen der gleichen Branche verglichen. Durch eine Medienanalyse berücksichtigt das Unternehmensrating auch eine Auswertung kontroverser Vorfälle und Ereignisse und deren Behebung/Aufarbeitung durch das Unternehmen.

Das Branchenrating basiert auf der Analyse direkter und indirekter negativer Externalitäten, wobei die gesamte Wertschöpfungskette berücksichtigt wird. Die Branchenanalyse vergleicht die Umwelt- (E), Sozial- (S) und Governance-Risiken (G) einer Branche im Vergleich zu anderen Branchen. Das finale Rating eines Unternehmens in der Nachhaltigkeitsmatrix kombiniert das Unternehmensrating und das Branchenrating. Basierend auf dem Resultat des finalen Ratings werden die Unternehmen in vier Kategorien «A», «B», «C» und «D» gemäss der J. Safra Sarasin Nachhaltigkeitsmatrix eingeteilt.

Der Fonds investiert in Unternehmen mit einem Mindestrating von «A» und «B» gemäss der proprietären J. Safra Sarasin Nachhaltigkeitsmatrix.

ESG Integration

Bei der fundamentalen Anlageanalyse fliessen ESG-Faktoren in die Analyse ein. In diesem Schritt des Prozesses reichert die Vermögensverwalterin bzw. der Analyst die finanzielle Bewertung mit Daten zu ESG-Faktoren, den Nachhaltigkeitszielen der UNO, Klima- und sonstigen Nachhaltigkeitsaspekten an, um einen ganzheitlichen Blick auf das Anlagekonzept zu erhalten und so eine fundiertere Entscheidung treffen zu können.

Die Vermögensverwalterin überwacht die ESG-Bewertungen und klimabezogenen Kennzahlen und vergleicht diese mit der Benchmark in ihren Risikomanagementsystemen. Zusätzlich wird die Entwicklung im Hinblick auf ESG-Faktoren und Klimaschutz auch durch ein vom Asset Management unabhängiges Gremium der Bank J. Safra Sarasin AG beobachtet.

Stewardship (Active Ownership)

Dieser Anlagefonds fällt in den Geltungsbereich der Stewardship Policy der Bank J. Safra Sarasin AG. Dieser Ansatz verwendet die Instrumente Voting und Engagement.

a) Voting: Um das Engagement zu verstärken, übt die Fondsleitung die mit den Anlagen des Fonds verbundenen Stimmrechte basierend auf Stimmrechtsempfehlungen der Vermögensverwalterin gemäss Ziff. 2.6 des Prospektes aus (Voting). Die Stimmrechtsempfehlungen können sich unter anderem auf die von der Vermögensverwalterin geführten Dialoge mit den Unternehmen, in die investiert wird, abstützen. Im Falle der Stimmrechtsvertretung hat die Fondsleitung spezifische Leitlinien in

Zusammenarbeit mit der Bank J. Safra Sarasin AG («Sustainability –Stewardship Team») entwickelt, die den allgemeinen Ansatz für nachhaltige Anlagen und die Research-Methodik widerspiegeln und systematisch ESG-Erwägungen berücksichtigen und die Unabhängigkeit der Fondsleitung bei der Ausübung der Stimmrechte garantiert.

b) Engagement: Der Fonds verstärkt seine Nachhaltigkeitseigenschaften durch Engagement, in dem anhand von identifizierten spezifischen Herausforderungen im ESG-Bereich ausgewählte Unternehmen einzeln angesprochen werden, um verantwortungsvollere soziale, ökologische und Governance-Praktiken (ESG) einzuführen. Dieses Engagement wird von Bank J. Safra Sarasin AG im Auftrag der Fondsleitung und unter Mitwirkung der Vermögensverwalterin durch einen gezielten, konstruktiven Dialog mit den ausgewählten Unternehmen, in die investiert wird, realisiert.

Die unternehmensspezifischen Engagement Themen und Prioritäten legt Bank J. Safra Sarasin AG basierend auf den Ergebnissen der ESG-Analyse in Rücksprache mit der Vermögensverwalterin fest. Bei der Zielsetzung werden die ökologischen und sozialen Risiken und Opportunitäten berücksichtigt, denen das jeweilige Unternehmen ausgesetzt ist, sowie deren Wesentlichkeit. Diese Risiken und Opportunitäten sind oft eng mit der Industriebranche verbunden, in denen das Unternehmen tätig ist.

Anhand einer ESG-Due Diligence, welche qualitative und quantitative Faktoren berücksichtigt, wird eine Nachhaltigkeitsliste für investierbare Zielfonds ermittelt. Der Fonds darf ausschliesslich in Zielfonds von der Nachhaltigkeits-Liste investiert werden.

3. Die Fondsleitung investiert, nach Abzug der flüssigen Mittel das Fondsvermögen in:

a) Beteiligungswertpapiere und -rechte (Aktien, Genussscheine, Genossenschaftsanteile, Partizipationsscheine und ähnliches) von Unternehmen, die ihren Sitz in der Schweiz oder Liechtenstein haben und die den Nachhaltigkeitsanforderungen entsprechen (siehe dazu § 8 Ziff. 2); hierbei verstärkt der Fonds seine Nachhaltigkeitseigenschaften durch die Anwendung der Stewardship Policy, in dem anhand von identifizierten spezifischen Herausforderungen im ESG-Bereich ausgewählte Unternehmen einzeln angesprochen werden, um verantwortungsvollere soziale, ökologische und Governance-Praktiken (ESG) einzuführen. Dieses Engagement wird von Bank J. Safra Sarasin AG im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft und unter Mitwirkung der Vermögensverwalterin durch einen gezielten,

konstruktiven Dialog mit den ausgewählten Unternehmen, in die investiert wird, realisiert.

- b) Derivate (einschliesslich Warrants) auf die oben unter a) erwähnten Anlagen;
- c) Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die gemäss ihren Dokumenten ihr Vermögen gemäss den Richtlinien dieses Anlagefonds und auf einer Nachhaltigkeitsliste für investierbare Zielfonds der Bank J. Safra Sarasin AG geführt werden. Nähere Ausführungen zu deren Auswahlverfahren finden sich unter § 8 Ziff. 2;

Bei Anlagen in andere kollektive Kapitalanlagen gemäss Bst. c) vorstehend stellt die Fondsleitung sicher, dass auf konsolidierter Basis mindestens zwei Drittel des Fondsvermögens in Anlagen gemäss Bst. a) vorstehend investiert sind.

4. Die Anlagen gemäss lit. c sind auf 10% des Fondsvermögens beschränkt.
5. Die Fondsleitung stellt ein angemessenes Liquiditätsmanagement sicher. Die Einzelheiten werden im Prospekt offengelegt.

§ 9 Flüssige Mittel

Die Fondsleitung darf zusätzlich angemessene flüssige Mittel in der Rechnungseinheit des Anlagefonds und in allen Währungen, in denen Anlagen zugelassen sind, halten. Als flüssige Mittel gelten Bankguthaben auf Sicht und auf Zeit mit Laufzeiten bis zu zwölf Monaten.

B Anlagetechniken und -instrumente

§ 10 Effektenleihe

Die Fondsleitung tätigt keine Effektenleihe-Geschäfte.

§ 11 Pensionsgeschäfte

Die Fondsleitung tätigt keine Pensionsgeschäfte.

§ 12 Derivate

1. Die Fondsleitung darf Derivate einsetzen. Sie sorgt dafür, dass der Einsatz von Derivaten in seiner ökonomischen Wirkung auch unter ausserordentlichen Marktverhältnissen nicht zu einer Abweichung von den in diesem Fondsvertrag, im Prospekt und im Basisinformationsblatt genannten Anlagezielen oder zu einer Veränderung des Anlagecharakters des Anlagefonds führt. Zudem müssen die den Derivaten zu Grunde liegenden Basiswerte nach diesem Fondsvertrag als Anlagen zulässig sein.
Im Zusammenhang mit kollektiven Kapitalanlagen dürfen Derivate nur zum Zwecke der Währungsabsicherung eingesetzt werden. Vorbehalten bleibt die Absicherung von Markt-, Zins- und Kreditrisiken bei kollektiven Kapitalanlagen, sofern die Risiken eindeutig bestimmbar und messbar sind.

2. Bei der Risikomessung gelangt der Commitment-Ansatz I zur Anwendung. Der Einsatz der Derivate übt unter Berücksichtigung der nach diesem Paragraphen notwendigen Deckung weder eine Hebelwirkung auf das Fondsvermögen aus noch entspricht dieser einem Leerverkauf.
3. Es dürfen nur Derivat-Grundformen verwendet werden. Diese umfassen:
 - a) Call- oder Put-Optionen, deren Wert bei Verfall linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen dem Verkehrswert des Basiswerts und dem Ausübungspreis abhängt und null wird, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
 - b) Credit Default Swaps (CDS);
 - c) Swaps, deren Zahlungen linear und pfadunabhängig vom Wert des Basiswertes oder einem absoluten Betrag abhängen;
 - d) Termingeschäfte (Futures und Forwards), deren Wert linear vom Wert des Basiswertes abhängt.
4. Der Einsatz von Derivaten ist in seiner ökonomischen Wirkung entweder einem Verkauf (engagementreduzierendes Derivat) oder einem Kauf (engagementerhöhendes Derivat) eines Basiswertes ähnlich.
5.
 - a) Bei engagementreduzierenden Derivaten müssen die eingegangenen Verpflichtungen unter Vorbehalt von Bst. b und d dauernd durch die dem Derivat zu Grunde liegenden Basiswerte gedeckt sein.
 - b) Eine Deckung mit anderen Anlagen als den Basiswerten ist bei engagementreduzierenden Derivaten zulässig, die auf einen Index lauten, welcher
 - von einer externen, unabhängigen Stelle berechnet wird;
 - für die als Deckung dienenden Anlagen repräsentativ ist;
 - in einer adäquaten Korrelation zu diesen Anlagen steht.
 - c) Die Fondsleitung muss jederzeit uneingeschränkt über die Basiswerte oder Anlagen verfügen können.
 - d) Ein engagementreduzierendes Derivat kann bei der Berechnung der entsprechenden Basiswerte mit dem "Delta" gewichtet werden.
6. Bei engagementerhöhenden Derivaten muss das Basiswertäquivalent einer Derivatposition dauernd durch geldnahe Mittel gemäss Art. 34 Abs. 5 KKV-FINMA gedeckt sein. Das Basiswertäquivalent berechnet sich bei Futures, Optionen, Swaps und Forwards gemäss Anhang 1 der KKV-FINMA.
7. Die Fondsleitung hat bei der Verrechnung von Derivatpositionen folgende Regeln zu berücksichtigen:
 - a) Gegenläufige Positionen in Derivaten des gleichen Basiswerts sowie gegenläufige Positionen in

Derivaten und in Anlagen des gleichen Basiswerts dürfen miteinander verrechnet werden ungeachtet des Verfalls der Derivate („Netting“), wenn das Derivat-Geschäft einzig zum Zwecke abgeschlossen wurde, um die mit dem erworbenen Derivaten oder Anlagen im Zusammenhang stehenden Risiken zu eliminieren, dabei die wesentlichen Risiken nicht vernachlässigt werden und der Anrechnungsbetrag der Derivate nach Art. 35 KKV-FINMA ermittelt wird.

- b) Beziehen sich die Derivate bei Absicherungsgeschäften nicht auf den gleichen Basiswert wie der abzusichernde Vermögenswert, so sind für eine Verrechnung, zusätzlich zu den Regeln von Bst. a, die Voraussetzungen zu erfüllen („Hedging“), dass die Derivat-Geschäfte nicht auf einer Anlagestrategie beruhen dürfen, die der Gewinnerzielung dient. Zudem muss das Derivat zu einer nachweisbaren Reduktion des Risikos führen, die Risiken des Derivats müssen ausgeglichen werden, die zu verrechnenden Derivate, Basiswerte oder Vermögensgegenstände müssen sich auf die gleiche Klasse von Finanzinstrumenten beziehen und die Absicherungsstrategie muss auch unter aussergewöhnlichen Marktbedingungen effektiv sein.
 - c) Derivate, die zur reinen Absicherung von Fremdwährungsrisiken eingesetzt werden und nicht zu einer Hebelwirkung führen oder zusätzliche Marktrisiken beinhalten, können ohne die Anforderungen gemäss Bst. b bei der Berechnung des Gesamtengagements aus Derivaten verrechnet werden.
 - d) Gedeckte Absicherungsgeschäfte durch Zinsderivate sind zulässig. Wandelanleihen dürfen bei der Berechnung des Engagements aus Derivaten unberücksichtigt bleiben.
8. Die Fondsleitung kann sowohl standardisierte als auch nicht standardisierte Derivate einsetzen. Sie kann die Geschäfte mit Derivaten an einer Börse, an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt oder OTC (Over-the-Counter) abschliessen.
- 9.
- a) Die Fondsleitung darf OTC-Geschäfte nur mit beaufichtigten Finanzintermediären abschliessen, welche auf diese Geschäftsarten spezialisiert sind und eine einwandfreie Durchführung des Geschäftes gewährleisten. Handelt es sich bei der Gegenpartei nicht um die Depotbank, hat erstere oder der Garant eine hohe Bonität aufzuweisen.
 - b) Ein OTC-Derivat muss täglich zuverlässig und nachvollziehbar bewertet und jederzeit zum Verkehrswert veräussert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.
 - c) Ist für ein OTC Derivat kein Marktpreis erhältlich, so muss der Preis anhand eines angemessenen und in der Praxis anerkannten Bewertungsmodells

gestützt auf den Verkehrswert der Basiswerte, von denen das Derivat abgeleitet ist, jederzeit nachvollziehbar sein. Vor dem Abschluss eines Vertrags über ein solches Derivat sind grundsätzlich konkrete Offerten von mindestens zwei Gegenparteien einzuholen, wobei der Vertrag mit derjenigen Gegenpartei abzuschliessen ist, welche die preislich beste Offerte unterbreitet. Abweichungen von diesem Grundsatz sind zulässig aus Gründen der Risikoverteilung oder wenn weitere Vertragsbestandteile wie Bonität oder Dienstleistungsangebot der Gegenpartei eine andere Offerte als insgesamt vorteilhafter für die Anleger erscheinen lassen. Ausserdem kann ausnahmsweise auf die Einholung von Offerten von mindestens zwei möglichen Gegenparteien verzichtet werden, wenn dies im besten Interesse der Anleger ist. Die Gründe hierfür sowie der Vertragsabschluss und die Preisbestimmung sind nachvollziehbar zu dokumentieren.

- d) Die Fondsleitung bzw. deren Beauftragten dürfen im Rahmen eines OTC-Geschäfts nur Sicherheiten entgegennehmen, welche die Anforderungen gemäss Art. 51 KKV-FINMA erfüllen. Der Emittent der Sicherheiten muss eine hohe Bonität aufweisen und die Sicherheiten dürfen nicht von der Gegenpartei oder von einer dem Konzern der Gegenpartei angehörig oder davon abhängigen Gesellschaft begeben sein. Die Sicherheiten müssen hoch liquide sein, zu einem transparenten Preis an einer Börse oder einem anderen geregelten, dem Publikum offenstehenden Markt gehandelt werden und mindestens börsentäglich bewertet werden. Die Fondsleitung bzw. deren Beauftragte müssen bei der Verwaltung der Sicherheiten die Pflichten und Anforderungen gemäss Art. 52 KKV-FINMA erfüllen. Insbesondere müssen sie die Sicherheiten in Bezug auf Länder, Märkte und Emittenten angemessen diversifizieren, wobei eine angemessene Diversifikation der Emittenten als erreicht gilt, wenn die von einem einzelnen Emittenten gehaltenen Sicherheiten nicht mehr als 20% des Nettoinventarwerts entsprechen. Vorbehalten bleiben Ausnahmen für öffentlich garantierte oder begebene Anlagen gemäss Art. 83 KKV. Weiter müssen die Fondsleitung bzw. deren Beauftragten die Verfügungsmacht und die Verfügungsbefugnis an den erhaltenen Sicherheiten bei Ausfall der Gegenpartei jederzeit und ohne Einbezug der Gegenpartei oder deren Zustimmung erlangen können. Die erhaltenen Sicherheiten sind bei der Depotbank zu verwahren. Die erhaltenen Sicherheiten können im Auftrag der Fondsleitung bei einer beaufichtigten Drittverwahrstelle verwahrt werden, wenn das Eigentum an den Sicherheiten nicht übertragen

wird und die Drittverwahrstelle von der Gegenpartei unabhängig ist.

10. Bei der Einhaltung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen (Maximal- und Minimallimiten) sind die Derivate nach Massgabe der Kollektivanlagengesetzgebung zu berücksichtigen.
11. Der Prospekt enthält weitere Angaben:
 - zur Bedeutung von Derivaten im Rahmen der Anlagestrategie;
 - zu den Auswirkungen der Derivatverwendung auf das Risikoprofil des Anlagefonds;
 - zu den Gegenparteirisiken von Derivaten;
 - zu den Kreditderivaten;
 - zur Sicherheitenstrategie.

§ 13 Aufnahme und Gewährung von Krediten

1. Die Fondsleitung darf für Rechnung des Anlagefonds keine Kredite gewähren.
2. Die Fondsleitung darf für höchstens 10% des Nettofondsvermögens vorübergehend Kredite aufnehmen.

§ 14 Belastung des Fondsvermögens

1. Die Fondsleitung darf zu Lasten des Anlagefonds nicht mehr als 25% des Nettofondsvermögens verpfänden oder zur Sicherung übereignen.
2. Die Belastung des Fondsvermögens mit Bürgschaften ist nicht gestattet.
3. Ein engagementerhöhendes Kreditderivat gilt nicht als Bürgschaft im Sinne dieses Paragraphen.

C Anlagebeschränkungen

§ 15 Risikoverteilung

1. In die Risikoverteilungsvorschriften sind einzubeziehen:
 - a) Anlagen gemäss § 8, mit Ausnahme der indexbasierten Derivate, sofern der Index hinreichend diversifiziert ist und für den Markt, auf den er sich bezieht, repräsentativ ist und in angemessener Weise veröffentlicht wird;
 - b) flüssige Mittel gemäss § 9;
 - c) Forderungen gegen Gegenparteien aus OTC-Geschäften.
2. Gesellschaften, die auf Grund internationaler Rechnungslegungsvorschriften einen Konzern bilden, gelten als ein einziger Emittent.
3. Die Fondsleitung darf einschliesslich der Derivate und strukturierten Produkte höchstens 10% des Fondsvermögens in Effekten und Geldmarktinstrumenten desselben Emittenten anlegen.
Ungeachtet hiervon dürfen Emittenten bzw. Schuldner, die Nachhaltigkeitskriterien im Sinne von § 8 Ziff. 1 a) erfüllen und die in einem repräsentativen, im Prospekt genannten Schweizer Aktienindex enthalten sind und in diesem Index höher als 7% gewichtet sind, das 10% Limit bis

zu einer Index-Übergewichtung von maximal 3 Prozentpunkten überschreiten. Die Anlagen sind jedoch auf mindestens 15 Emittenten bzw. Schuldner aufzuteilen.

Diese im Vergleich zu den Effektenfonds weniger restriktiven Begrenzungen sind notwendig, um eine Ausrichtung der Anlagepolitik an den gängigen Marktindices zu ermöglichen. Dadurch kann es zu einer Konzentration des Fondsvermögens auf einige wenige, im Marktindex enthaltene Titel kommen, was zu einer Erhöhung der titelspezifischen Risiken führt. Dies kann zu einem Gesamtrisiko des Anlagefonds führen, das über dem Risiko der repräsentativen Schweizer Aktienindices liegt.

4. Die Fondsleitung darf höchstens 20% des Fondsvermögens in Guthaben auf Sicht und auf Zeit bei derselben Bank anlegen. In diese Limite sind sowohl die flüssigen Mittel gemäss § 9 als auch die Anlagen in Bankguthaben gemäss § 8 einzubeziehen.
5. Die Fondsleitung darf höchstens 5% des Fondsvermögens in OTC-Geschäften bei derselben Gegenpartei anlegen. Ist die Gegenpartei eine Bank, die ihren Sitz in der Schweiz oder in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat oder in einem anderen Staat, in welchem sie einer Aufsicht untersteht, die derjenigen in der Schweiz gleichwertig ist, so erhöht sich diese Limite auf 10% des Fondsvermögens.
Werden die Forderungen aus OTC-Geschäften durch Sicherheiten in Form von liquiden Aktiven gemäss Art. 50-55 KKV-FINMA abgesichert, so werden diese Forderungen bei der Berechnung des Gegenparteirisikos nicht berücksichtigt.
6. Anlagen, Guthaben und Forderungen gemäss den vorstehenden Ziff. 3 bis 5 desselben Emittenten bzw. Schuldners dürfen insgesamt 25% des Fondsvermögens nicht übersteigen.
7. Anlagen gemäss der vorstehenden Ziff. 3 derselben Unternehmensgruppe dürfen insgesamt 25% des Fondsvermögens nicht übersteigen.
8. Die Fondsleitung darf höchstens 10% des Fondsvermögens in Anteilen desselben Zielfonds anlegen.
9. Die Fondsleitung darf keine Beteiligungsrechte erwerben, die insgesamt mehr als 10% der Stimmrechte ausmachen oder die es ihr erlauben, einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsleitung eines Emittenten auszuüben.
10. Die Fondsleitung darf für das Fondsvermögen höchstens je 10 % der stimmrechtslosen Beteiligungspapiere, der Schuldverschreibungen und/oder Geldmarktinstrumente desselben Emittenten sowie höchstens 25% der Anteile an anderen kollektiven Kapitalanlagen erwerben. Diese Beschränkungen gelten nicht, wenn sich im Zeitpunkt des Erwerbs der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen, der Geldmarktinstrumente oder der Anteile an anderen kollektiven Kapitalanlagen nicht berechnen lässt.
11. Die Beschränkungen der vorstehenden Ziff. 9 und 10 sind nicht anwendbar auf Effekten und Geldmarktinstrumente,

die von einem Staat oder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft aus der OECD oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen die Schweiz oder ein Mitgliedstaat der Europäischen Union angehören, begeben oder garantiert werden.

IV. Berechnung des Nettoinventarwertes sowie Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

§ 16 Berechnung des Nettoinventarwertes

1. Der Nettoinventarwert des Anlagefonds und der Anteil der einzelnen Klassen (Quoten) wird zum Verkehrswert auf Ende des Rechnungsjahres sowie für jeden Tag, an dem Anteile ausgegeben oder zurückgenommen werden, in der Rechnungseinheit des Anlagefonds berechnet. Für Tage, an welchen die Börsen bzw. Märkte der Hauptanlageländer des Anlagefonds geschlossen sind (z.B. Banken- und Börsenfeiertage), findet keine Berechnung des Fondsvermögens statt.
 2. An einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelte Anlagen sind mit den am Hauptmarkt bezahlten aktuellen Kursen zu bewerten. Andere Anlagen oder Anlagen, für die keine aktuellen Kurse verfügbar sind, sind mit dem Preis zu bewerten, der bei sorgfältigem Verkauf im Zeitpunkt der Schätzung wahrscheinlich erzielt würde. Die Fondsleitung wendet in diesem Fall zur Ermittlung des Verkehrswertes angemessene und in der Praxis anerkannte Bewertungsmodelle und –grundsätze an.
 3. Offene kollektive Kapitalanlagen werden mit ihrem Rücknahmepreis bzw. Nettoinventarwert bewertet. Werden sie regelmässig an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt, so kann die Fondsleitung diese gemäss Ziff. 2 bewerten.
 4. Der Wert von Geldmarktinstrumenten, welche nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, wird wie folgt bestimmt: Der Bewertungspreis solcher Anlagen wird, ausgehend vom Nettoerwerbspreis, unter Konstanthaltung der daraus berechneten Anlagerendite, sukzessiv dem Rückzahlungspreis angeglichen. Bei wesentlichen Änderungen der Marktbedingungen wird die Bewertungsgrundlage der einzelnen Anlagen der neuen Marktrendite angepasst. Dabei wird bei fehlendem aktuellem Marktpreis in der Regel auf die Bewertung von Geldmarktinstrumenten mit gleichen Merkmalen (Qualität und Sitz des Emittenten, Ausgabewährung, Laufzeit) abgestellt.
 5. Bankguthaben werden mit ihrem Forderungsbetrag plus aufgelaufene Zinsen bewertet. Bei wesentlichen Änderungen der Marktbedingungen oder der Bonität wird die Bewertungsgrundlage für Bankguthaben auf Zeit den neuen Verhältnissen angepasst.
 6. Der Nettoinventarwert eines Anteils einer Klasse ergibt sich aus der der betreffenden Anteilsklasse am Verkehrswert des Fondsvermögens zukommenden Quote, vermindert um allfällige Verbindlichkeiten des Anlagefonds, die der betreffenden Anteilsklasse zugeteilt sind, dividiert durch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile der entsprechenden Klasse. Er wird auf 0.01 der Rechnungseinheit der jeweiligen Anteilsklasse kaufmännisch gerundet.
7. Die Quoten am Verkehrswert des Nettofondsvermögens (Fondsvermögen abzüglich der Verbindlichkeiten), welche den jeweiligen Anteilsklassen zuzurechnen sind, werden erstmals bei der Erstaussgabe mehrerer Anteilsklassen (wenn diese gleichzeitig erfolgt) oder der Erstaussgabe einer weiteren Anteilsklasse auf der Basis der dem Fonds für jede Anteilsklasse zufließenden Betreffnisse bestimmt. Die Quote wird bei folgenden Ereignissen jeweils neu berechnet:
 - a) bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen;
 - b) auf den Stichtag von Ausschüttungen, sofern (i) solche Ausschüttungen nur auf einzelnen Anteilsklassen (Ausschüttungsklassen) anfallen oder sofern (ii) die Ausschüttungen der verschiedenen Anteilsklassen in Prozenten ihres jeweiligen Nettoinventarwertes unterschiedlich ausfallen oder sofern (iii) auf den Ausschüttungen der verschiedenen Anteilsklassen in Prozenten der Ausschüttung unterschiedliche Kommissions- oder Kostenbelastungen anfallen;
 - c) bei der Inventarwertberechnung, im Rahmen der Zuweisung von Verbindlichkeiten (einschliesslich der fälligen oder aufgelaufenen Kosten und Kommissionen) an die verschiedenen Anteilsklassen, sofern die Verbindlichkeiten der verschiedenen Anteilsklassen in Prozenten ihres jeweiligen Nettoinventarwertes unterschiedlich ausfallen, namentlich, wenn (i) für die verschiedenen Anteilsklassen unterschiedliche Kommissionssätze zur Anwendung gelangen oder wenn (ii) klassenspezifische Kostenbelastungen erfolgen;
 - d) bei der Inventarwertberechnung, im Rahmen der Zuweisung von Erträgen oder Kapitalerträgen an die verschiedenen Anteilsklassen, sofern die Erträge oder Kapitalerträge aus Transaktionen anfallen, die nur im Interesse einer Anteilsklasse oder im Interesse mehrerer Anteilsklassen, nicht jedoch proportional zu deren Quote am Nettofondsvermögen, getätigt wurden.

§ 17 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen

1. Zeichnungs- oder Rücknahmeanträge für Anteile werden am Auftragstag bis zu einem bestimmten im Prospekt genannten Zeitpunkt entgegengenommen. Der für die Ausgabe und Rücknahme massgebende Preis der Anteile wird frühestens an dem dem Auftragstag folgenden Bankwerktag (Bewertungstag) ermittelt (Forward Pricing). Der Prospekt regelt die Einzelheiten.

2. Der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile basiert auf dem am Bewertungstag gestützt auf die Schlusskurse des Vortages gemäss § 16 berechneten Nettoinventarwert je Anteil. Bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen kann zum Nettoinventarwert eine Ausgabekommission gemäss § 18 zugeschlagen resp. eine Rücknahmekommission gemäss § 18 vom Nettoinventarwert abgezogen werden.
Die Nebenkosten für den An- und Verkauf der Anlagen (namentlich marktübliche Courtagen, Kommissionen, Steuern und Abgaben), die dem Anlagefonds aus der Anlage des einbezahlten Betrages bzw. aus dem Verkauf eines dem gekündigten Anteil entsprechenden Teils der Anlagen erwachsen, werden dem Fondsvermögen belastet.
 3. Die Fondsleitung kann die Ausgabe der Anteile jederzeit einstellen sowie Anträge auf Zeichnung oder Umtausch von Anteilen zurückweisen.
 4. Die Fondsleitung kann im Interesse der Gesamtheit der Anleger die Rückzahlung der Anteile vorübergehend und ausnahmsweise aufschieben, wenn:
 - a) ein Markt, welcher Grundlage für die Bewertung eines wesentlichen Teils des Fondsvermögens bildet, geschlossen ist oder wenn der Handel an einem solchen Markt beschränkt oder ausgesetzt ist;
 - b) ein politischer, wirtschaftlicher, militärischer, monetärer oder anderer Notfall vorliegt;
 - c) wegen Beschränkungen des Devisenverkehrs oder Beschränkungen sonstiger Übertragungen von Vermögenswerten Geschäfte für den Anlagefonds undurchführbar werden;
 - d) zahlreiche Anteile gekündigt werden und dadurch die Interessen der übrigen Anleger wesentlich beeinträchtigt werden können.
 5. Die Fondsleitung teilt den Entscheid über den Aufschub unverzüglich der Prüfgesellschaft, der Aufsichtsbehörde sowie in angemessener Weise den Anlegern mit.
 6. Solange die Rückzahlung der Anteile aus den unter Ziff. 4 Bst. a bis c genannten Gründen aufgeschoben ist, findet keine Ausgabe von Anteilen statt.
 7. Jeder Anleger kann beantragen, dass er im Falle einer Zeichnung anstelle einer Einzahlung in bar Anlagen an das Fondsvermögen leistet („Sacheinlage“ oder „contribution in kind“ genannt) bzw. dass ihm im Falle einer Kündigung anstelle einer Auszahlung in bar Anlagen übertragen werden („Sachauslage“ oder „redemption in kind“). Der Antrag ist zusammen mit der Zeichnung bzw. mit der Kündigung zu stellen. Die Fondsleitung ist nicht verpflichtet, Sachein- und Sachauslagen zuzulassen.
 8. Die Fondsleitung entscheidet allein über Sacheinlagen oder Sachauslagen und stimmt solchen Geschäften nur zu, sofern die Ausführung der Transaktionen vollumfänglich im Einklang mit der Anlagepolitik des Anlagefonds steht und die Interessen der übrigen Anleger dadurch nicht beeinträchtigt werden.
 9. Die im Zusammenhang mit einer Sacheinlage oder Sachauslage anfallenden Kosten dürfen nicht dem Fondsvermögen belastet werden.
 10. Die Fondsleitung erstellt bei Sacheinlagen oder Sachauslagen einen Bericht, der Angaben zu den einzelnen übertragenen Anlagen, dem Kurswert dieser Anlagen am Stichtag der Übertragung, die Anzahl der als Gegenleistung ausgegebenen oder zurückgenommenen Anteile und einen allfälligen Spitzenausgleich in bar enthält. Die Depotbank prüft bei jeder Sacheinlage oder Sachauslage die Einhaltung der Treuepflicht durch die Fondsleitung sowie die Bewertung der übertragenen Anlagen und der ausgegebenen bzw. zurückgenommenen Anteile, bezogen auf den massgeblichen Stichtag. Die Depotbank meldet Vorbehalte oder Beanstandungen unverzüglich der Prüfgesellschaft.
 11. Sacheinlage- und Sachauslagetransaktionen sind im Jahresbericht zu nennen.
- V. Vergütungen und Nebenkosten**
- § 18 Vergütungen und Nebenkosten zulasten der Anleger**
1. Bei der Ausgabe von Anteilen kann dem Anleger eine Ausgabekommission zugunsten der Fondsleitung, der Depotbank und/oder von Vertreibern im In- und Ausland von zusammen höchstens 3% des Nettoinventarwertes belastet werden. Der zurzeit massgebliche Höchstsatz ist aus dem Prospekt ersichtlich.
 2. Bei der Rücknahme von Anteilen kann dem Anleger eine Rücknahmekommission zugunsten der Fondsleitung, der Depotbank und/oder von Vertreibern im In- und Ausland von zusammen höchstens 3% des Nettoinventarwertes belastet werden. Der zur Zeit massgebliche Höchstsatz ist aus dem Prospekt ersichtlich.
 3. Für die Auszahlung des Liquidationsbetriffnisses im Falle der Auflösung des Anlagefonds berechnet die Depotbank dem Anleger auf dem Nettoinventarwert der Anteile eine Kommission von max. 0,5%.
- § 19 Vergütungen und Nebenkosten zulasten des Fondsvermögens**
1. Für die Leitung, die Vermögensverwaltung und die Vertriebstätigkeit in Bezug auf den Anlagefonds und alle Aufgaben der Depotbank wie die Aufbewahrung des Fondsvermögens, die Besorgung des Zahlungsverkehrs und die sonstigen in § 4 aufgeführten Aufgaben stellt die Fondsleitung zulasten des Anlagefonds eine Pauschalkommission von jährlich
 - maximal 1,95% (Anteilsklasse „P CHF dist“)
 - maximal 1,40% (Anteilsklasse „I CHF dist“)
 - maximal 0,00% (Anteilsklasse „M CHF dist“); diese wird gemäss § 6 Ziff. 4 separat erhoben.
 - maximal 1,50% (Anteilsklasse „C CHF dist“)
 - maximal 1,30% (Anteilsklasse „Y CHF dist“)

- maximal 1,70% (Anteilsklasse „E CHF dist“) des Nettofondsvermögens des Anlagefonds in Rechnung, die pro rata temporis bei jeder Berechnung des Nettoinventarwertes dem Fondsvermögen belastet und jeweils am Quartalsende ausbezahlt wird (pauschale Verwaltungskommission, inkl. Vertriebskommission).
2. Der effektiv angewandte Satz der pauschalen Verwaltungskommission ist jeweils aus dem Jahres- und Halbjahresbericht ersichtlich.
 3. Für die Auszahlung des Jahresertrages an die Anleger belastet die Depotbank dem Anlagefonds eine Kommission von maximal 0,5% des Bruttobetrages der Ausschüttung. Der effektiv erhobene Satz ist aus dem Jahresbericht ersichtlich.
 4. Nicht in der pauschalen Verwaltungskommission enthalten sind die folgenden Vergütungen und Nebenkosten der Fondsleitung und der Depotbank, welche zusätzlich dem Fondsvermögen belastet werden:
 - a) Kosten im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Anlagen einschliesslich Absicherungsgeschäften, namentlich marktübliche Courtagen, Kommissionen, Abrechnungs- und Abwicklungskosten, Bankspesen, Steuern und Abgaben, sowie Kosten für die Überprüfung und Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards bei physischen Anlagen;
 - b) Abgaben der Aufsichtsbehörde für die Gründung, Änderung, Liquidation, Fusion oder Vereinigung des Anlagefonds;
 - c) Jahresgebühr der Aufsichtsbehörde;
 - d) Honorare der Prüfgesellschaft für die jährliche Prüfung sowie für Bescheinigungen im Rahmen der Gründung, Änderungen, Auflösung oder Vereinigungen des Anlagefonds;
 - e) Honorare für Rechts- und Steuerberater im Zusammenhang mit der Gründung, Änderungen, Auflösung oder Vereinigung des Anlagefonds sowie der allgemeinen Wahrnehmung der Interessen des Anlagefonds und seiner Anleger;
 - f) Kosten für die Publikation des Nettoinventarwertes des Anlagefonds sowie sämtliche Kosten für Mitteilungen an die Anleger einschliesslich der Übersetzungskosten, welche nicht einem Fehlverhalten der Fondsleitung zuzuschreiben sind;
 - g) Kosten für den Druck juristischer Dokumente sowie Jahres- und Halbjahresberichte des Anlagefonds;
 - h) Kosten für eine allfällige Eintragung des Anlagefonds bei einer ausländischen Aufsichtsbehörde, namentlich von der ausländischen Aufsichtsbehörde erhobene Kommissionen, Übersetzungskosten sowie die Entschädigung des Vertreters oder der Zahlstelle im Ausland;
 - i) Kosten im Zusammenhang mit der Ausübung von Stimmrechten oder Gläubigerrechten durch den Anlagefonds, einschliesslich der Honorarkosten für externe Berater;
 - j) Kosten und Honorare im Zusammenhang mit im Namen des Fonds eingetragenen geistigen Eigentum oder mit Nutzungsrechten des Fonds;
 - k) alle Kosten, die durch die Ergreifung ausserordentlicher Schritte zur Wahrung der Anlegerinteressen durch die Fondsleitung, den Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen oder die Depotbank verursacht werden;
 - l) Kosten für die Registrierung oder Verlängerung des Identifikators eines Rechtsträgers (Legal Entity Identifier) bei in- und ausländischen Registrierungsstellen;
 - m) Kosten und Gebühren für den Einkauf und die Nutzung von Daten und Datenlizenzen, soweit sie dem Fonds zugerechnet werden können und keine Recherchekosten darstellen
 - n) Kosten und Gebühren für die Nutzung und Überprüfung unabhängiger Label.
 5. Die Kosten nach Ziff. 3 Bst. a werden direkt dem Einstandswert zugeschlagen bzw. dem Verkaufswert abgezogen.
 6. Die Fondsleitung und deren Beauftragte können gemäss den Bestimmungen im Prospekt Retrozessionen zur Entschädigung der Vertriebstätigkeit von Fondsanteilen und Rabatte, um die auf den Anleger entfallenden, dem Fonds belasteten Gebühren und Kosten zu reduzieren, bezahlen.
 7. Die Verwaltungskommission der Zielfonds, in die investiert wird, darf unter Berücksichtigung von allfälligen Retrozessionen und Rabatten höchstens 3% betragen. Im Jahresbericht ist der maximale Satz der Verwaltungskommissionen der Zielfonds, in die investiert wird, unter Berücksichtigung von allfälligen Retrozessionen und Rabatten anzugeben.
 8. Erwirbt die Fondsleitung Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die unmittelbar oder mittelbar von ihr selbst oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der sie durch gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist („verbundene Zielfonds“), so darf sie allfällige Ausgabe- oder Rücknahmekommissionen der verbundenen Zielfonds nicht dem Anlagefonds belasten.

VI. Rechenschaftsablage und Prüfung

§ 20 Rechenschaftsablage

1. Die Rechnungseinheit des Anlagefonds ist der Schweizer Franken (CHF).
2. Das Rechnungsjahr läuft jeweils vom 1. September bis zum 31. August.

3. Innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres veröffentlicht die Fondsleitung einen geprüften Jahresbericht des Anlagefonds.
4. Innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf der ersten Hälfte des Rechnungsjahres veröffentlicht die Fondsleitung einen Halbjahresbericht.
5. Das Auskunftsrecht des Anlegers gemäss § 5 Ziff. 4 bleibt vorbehalten.

§ 21 Prüfung

Die Prüfgesellschaft prüft, ob die Fondsleitung und die Depotbank die gesetzlichen und vertraglichen Vorschriften wie auch allenfalls auf sie anwendbare Standesregeln der Asset Management Association Switzerland eingehalten haben. Ein Kurzbericht der Prüfgesellschaft zur publizierten Jahresrechnung erscheint im Jahresbericht.

VII. Verwendung des Erfolges

§ 22

1. Der Nettoertrag des Anlagefonds wird jährlich pro Anteilsklasse spätestens innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres in der Rechnungseinheit des Anlagefonds an die Anleger ausgeschüttet. Die Fondsleitung kann zusätzlich Zwischenauszahlungen aus den Erträgen vornehmen. Bis zu 30% des Nettoertrages einer Anteilsklasse können auf neue Rechnung vorgetragen werden. Auf eine Ausschüttung kann verzichtet und der gesamte Nettoertrag kann auf neue Rechnung vorgetragen werden, wenn
 - der Nettoertrag des laufenden Geschäftsjahres und die vorgetragenen Erträge aus früheren Rechnungsjahren der kollektiven Kapitalanlage oder einer Anteilsklasse weniger als 1% des Nettoinventarwertes der kollektiven Kapitalanlage oder der Anteilsklasse beträgt, und
 - der Nettoertrag des laufenden Geschäftsjahres und die vorgetragenen Erträge aus früheren Rechnungsjahren der kollektiven Kapitalanlage oder einer Anteilsklasse weniger als CHF 1.- pro Anteil der kollektiven Kapitalanlagen bzw. der Anteilsklasse beträgt.
2. Realisierte Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Sachen und Rechten können von der Fondsleitung ausgeschüttet oder zur Wiederanlage zurückbehalten werden.

VIII. Publikationen des Anlagefonds

§ 23

1. Publikationsorgan des Anlagefonds ist das im Prospekt genannte Printmedium oder elektronische Medium. Der Wechsel des Publikationsorgans ist im Publikationsorgan anzuzeigen.

2. Im Publikationsorgan werden insbesondere Zusammenfassungen wesentlicher Änderungen des Fondsvertrages unter Hinweis auf die Stellen, bei denen die Änderungen im Wortlaut kostenlos bezogen werden können, der Wechsel der Fondsleitung und/oder der Depotbank, die Schaffung, Aufhebung oder Vereinigung von Anteilsklassen sowie die Auflösung des Anlagefonds veröffentlicht. Änderungen, die von Gesetzes wegen erforderlich sind, welche die Rechte der Anleger nicht berühren oder die ausschliesslich formeller Natur sind, können mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde von der Publikationspflicht ausgenommen werden.
3. Die Fondsleitung publiziert die Ausgabe- und Rücknahmepreise bzw. den Nettoinventarwert mit dem Hinweis „exklusive Kommissionen“ aller gezeichneten Anteilsklassen bei jeder Ausgabe und Rücknahme von Anteilen in den im Prospekt genannten und durch die Aufsichtsbehörde anerkannten elektronischen Plattform(en). Die Preise werden mindestens zweimal im Monat publiziert. Die Wochen und Wochentage, an denen die Publikation stattfindet, werden im Prospekt festgelegt.
4. Der Prospekt mit integriertem Fondsvertrag, das Basisinformationsblatt sowie die jeweiligen Jahres- und Halbjahresberichte können bei der Fondsleitung, der Depotbank und bei allen Vertriebern kostenlos bezogen werden.

IX. Umstrukturierung und Auflösung

§ 24 Vereinigung

1. Die Fondsleitung kann mit Zustimmung der Depotbank Anlagefonds vereinigen, indem sie auf den Zeitpunkt der Vereinigung die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des bzw. der zu übertragenden Anlagefonds auf den übernehmenden Anlagefonds überträgt. Die Anleger des übertragenden Anlagefonds erhalten Anteile am übernehmenden Anlagefonds in entsprechender Höhe. Auf den Zeitpunkt der Vereinigung wird der übertragende Anlagefonds ohne Liquidation aufgelöst und der Fondsvertrag des übernehmenden Anlagefonds gilt auch für den übertragenden Anlagefonds.
2. Anlagefonds können nur vereinigt werden, sofern:
 - a) die entsprechenden Fondsverträge dies vorsehen;
 - b) sie von der gleichen Fondsleitung verwaltet werden;
 - c) die entsprechenden Fondsverträge bezüglich folgender Bestimmungen grundsätzlich übereinstimmen:
 - die Anlagepolitik, die Anlagetechniken, die Risikoverteilung sowie die mit der Anlage verbundenen Risiken,
 - die Verwendung des Nettoertrages und der Kapitalgewinne aus der Veräusserung von Sachen und Rechten,
 - die Art, die Höhe und die Berechnung aller Vergütungen, die Ausgabe- und

Rücknahmekommissionen sowie die Nebenkosten für den An- und Verkauf von Anlagen (Courtagen, Gebühren, Abgaben), die dem Fondsvermögen oder den Anlegern belastet werden dürfen,

- die Rücknahmebedingungen,
 - die Laufzeit des Vertrages und die Voraussetzungen der Auflösung
- d) am gleichen Tag die Vermögen der beteiligten Anlagefonds bewertet, das Umtauschverhältnis berechnet und die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten übernommen werden;
- e) weder den Anlagefonds noch den Anlegern daraus Kosten erwachsen.
- f) Vorbehalten bleiben die Bestimmungen gemäss § 19 Ziff. 3 Bst. b, d und e.
3. Wenn die Vereinigung voraussichtlich mehr als einen Tag in Anspruch nimmt, kann die Aufsichtsbehörde einen befristeten Aufschub der Rückzahlung der Anteile der beteiligten Anlagefonds bewilligen.
 4. Die Fondsleitung legt mindestens einen Monat vor der geplanten Veröffentlichung die beabsichtigten Änderungen des Fondsvertrages sowie die beabsichtigte Vereinigung zusammen mit dem Vereinigungsplan der Aufsichtsbehörde zur Überprüfung vor. Der Vereinigungsplan enthält Angaben zu den Gründen der Vereinigung, zur Anlagepolitik der beteiligten Anlagefonds und den allfälligen Unterschieden zwischen dem übernehmenden und dem übertragenden Anlagefonds, zur Berechnung des Umtauschverhältnisses, zu allfälligen Unterschieden in den Vergütungen, zu allfälligen Steuerfolgen für die Anlagefonds sowie die Stellungnahme der zuständigen kollektivanlagerechtlichen Prüfgesellschaft.
 5. Die Fondsleitung publiziert die beabsichtigten Änderungen des Fondsvertrages nach § 23 Ziff. 2 sowie die beabsichtigte Vereinigung und deren Zeitpunkt zusammen mit dem Vereinigungsplan mindestens zwei Monate vor dem von ihr festgelegten Stichtag im Publikationsorgan resp. in den Publikationsorganen der beteiligten Anlagefonds. Dabei weist sie die Anleger darauf hin, dass diese bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen nach der letzten Publikation bzw. Mitteilung Einwendungen gegen die beabsichtigten Änderungen des Fondsvertrages erheben oder die Rückzahlung ihrer Anteile in bar verlangen können.
 6. Die Prüfgesellschaft überprüft unmittelbar die ordnungsgemässe Durchführung der Vereinigung und äussert sich dazu in einem Bericht zuhanden der Fondsleitung und der Aufsichtsbehörde.
 7. Die Fondsleitung meldet der Aufsichtsbehörde den Abschluss der Vereinigung und publiziert den Vollzug der Vereinigung, die Bestätigung der Prüfgesellschaft zur ordnungsgemässen Durchführung sowie das Umtauschverhältnis ohne Verzug im Publikationsorgan resp. in den Publikationsorganen der beteiligten Anlagefonds.

8. Die Fondsleitung erwähnt die Vereinigung im nächsten Jahresbericht des übernehmenden Anlagefonds und im allfällig vorher zu erstellenden Halbjahresbericht. Für den übertragenden Anlagefonds ist ein geprüfter Abschlussbericht zu erstellen, falls die Vereinigung nicht auf den ordentlichen Jahresabschluss fällt.

§ 25 Umwandlung in eine andere Rechtsform

1. Die Fondsleitung kann mit Zustimmung der Depotbank Anlagefonds in Teilvermögen einer SICAV nach schweizerischem Recht umwandeln, wobei die Aktiven und Passiven des/der umgewandelten Anlagefonds zum Zeitpunkt der Umwandlung auf das Anleger-Teilvermögen einer SICAV übertragen werden. Die Anleger des umgewandelten Anlagefonds erhalten Anteile des Anleger-Teilvermögens der SICAV mit einem entsprechenden Wert. Am Tag der Umwandlung wird der umgewandelte Anlagefonds ohne Liquidation aufgelöst, und das Anlagereglement der SICAV gilt für die Anleger des umgewandelten Anlagefonds, die Anleger des Anleger-Teilvermögens der SICAV werden.
2. Der Anlagefonds darf nur in ein Teilvermögen einer SICAV umgewandelt werden, wenn:
 - a) Der Fondsvertrag dies vorsieht und das Anlagereglement der SICAV dies ausdrücklich festhält;
 - b) Der Anlagefonds und das Teilvermögen von der gleichen Fondsleitung verwaltet werden;
 - c) Der Fondsvertrag und das Anlagereglement der SICAV bezüglich folgender Bestimmungen grundsätzlich übereinstimmen:
 - die Anlagepolitik (einschliesslich Liquidität), die Anlagetechniken (Wertpapierleihe, Pensionsgeschäfte und umgekehrte Pensionsgeschäfte, Finanzderivate), Kreditaufnahme und -vergabe, Verpfändung von Vermögenswerten der gemeinsamen Anlage, Risikoverteilung und Anlagerisiken, die Art der kollektiven Kapitalanlage, der Anlegerkreis, die Anteils-/Aktienklassen und die Berechnung des Nettoinventarwerts
 - die Verwendung von Nettoerlösen und Veräusserungsgewinnen aus der Veräusserung von Gegenständen und Rechten
 - die Verwendung des Ergebnisses und die Berichterstattung,
 - Art, Höhe und Berechnung aller Vergütungen, Ausgabe- und Rücknahmeabschläge sowie Nebenkosten für den Erwerb und die Veräusserung von Anlagen (Maklergebühren, Abgaben, Steuern), die dem Fondsvermögen oder der SICAV, den Anlegern oder den Aktionären belastet werden können, vorbehaltlich rechtsformspezifischer Nebenkosten der SICAV
 - die Bedingungen für Ausgabe und Rücknahme,
 - die Laufzeit des Vertrags oder der SICAV,

- das Publikationsorgan.
- d) Die Bewertung der Vermögenswerte der beteiligten kollektiven Kapitalanlagen, die Berechnung des Umtauschverhältnisses und die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgen am selben Tag;
 - e) Dem Anlagefonds oder der SICAV bzw. den Anlegern oder Aktionären entstehen keine Kosten.
3. Die FINMA kann die Aussetzung der Rücknahme für einen bestimmten Zeitraum genehmigen, wenn absehbar ist, dass die Umwandlung länger als einen Tag dauern wird.
 4. Die Fondsleitung hat der FINMA vor der geplanten Veröffentlichung die geplanten Änderungen des Fondsvertrages und die geplante Umwandlung zusammen mit dem Umwandlungsplan zur Prüfung vorzulegen. Der Umwandlungsplan enthält Angaben zu den Gründen für die Umwandlung, zur Anlagepolitik der betroffenen kollektiven Kapitalanlagen und zu allfälligen Unterschieden zwischen dem umgewandelten Anlagefonds und dem Teilvermögen der SICAV, zur Berechnung des Umtauschverhältnisses, zu allfälligen Unterschieden in der Vergütung, zu allfälligen steuerlichen Folgen für die kollektiven Kapitalanlagen sowie die Stellungnahme der Revisionsstelle des Anlagefonds.
 5. Die Fondsleitung veröffentlicht allfällige Änderungen des Fondsvertrages nach § 23 Ziff. 2 sowie die geplante Umwandlung und den vorgesehenen Zeitpunkt in Verbindung mit dem Umwandlungsplan mindestens zwei Monate vor dem von ihr in der Publikation des umgewandelten Anlagefonds festgelegten Zeitpunkt. Dabei weist sie die Anleger darauf hin, dass diese bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen nach der Publikation bzw. Mitteilung Einwendungen gegen die beabsichtigten Änderungen des Fondsvertrages erheben oder die Rückzahlung ihrer Anteile verlangen können.
 6. Die Prüfgesellschaft des Anlagefonds bzw. der SICAV (falls abweichend) prüft unverzüglich die ordnungsgemässe Durchführung der Umwandlung und erstattet der Fondsleitung, der SICAV und der FINMA darüber Bericht.
 7. Die Fondsleitung meldet der FINMA unverzüglich den Abschluss der Umwandlung und leitet der FINMA, die Bestätigung der Prüfgesellschaft über die ordnungsgemässe Durchführung des Geschäfts und den Umwandlungsbericht im Publikationsorgan der beteiligten Anlagefonds weiter,
 8. Die Fondsleitung oder die SICAV erwähnt die Umwandlung im nächsten Jahresbericht des Anlagefonds bzw. der SICAV und in einem allfällig früher veröffentlichten Halbjahresbericht.

§ 26 Laufzeit des Anlagefonds und Auflösung

1. Der Anlagefonds besteht auf unbestimmte Zeit.

2. Die Fondsleitung oder die Depotbank können die Auflösung des Anlagefonds durch fristlose Kündigung des Fondsvertrages herbeiführen.
3. Der Anlagefonds kann durch Verfügung der Aufsichtsbehörde aufgelöst werden, insbesondere wenn er spätestens ein Jahr nach Ablauf der Zeichnungsfrist (Lancierung) oder einer längeren, durch die Aufsichtsbehörde auf Antrag der Depotbank und der Fondsleitung erstreckten Frist nicht über ein Nettovermögen von mindestens 5 Millionen Schweizer Franken (oder Gegenwert) verfügt.
4. Die Fondsleitung gibt der Aufsichtsbehörde die Auflösung unverzüglich bekannt und veröffentlicht sie im Publikationsorgan.
5. Nach erfolgter Kündigung des Fondsvertrages darf die Fondsleitung den Anlagefonds unverzüglich liquidieren. Hat die Aufsichtsbehörde die Auflösung des Anlagefonds verfügt, so muss dieser unverzüglich liquidiert werden. Die Auszahlung des Liquidationserlöses an die Anleger ist der Depotbank übertragen. Sollte die Liquidation längere Zeit beanspruchen, kann der Erlös in Teilbeträgen ausbezahlt werden. Vor der Schlusszahlung muss die Fondsleitung die Bewilligung der Aufsichtsbehörde einholen.

X. Änderung des Fondsvertrages

§ 27

Soll der vorliegende Fondsvertrag geändert werden, oder besteht die Absicht, Anteilsklassen zu vereinigen oder die Fondsleitung oder die Depotbank zu wechseln, so hat der Anleger die Möglichkeit, bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen nach der letzten Publikation bzw. Mitteilung Einwendungen zu erheben. In der Publikation informiert die Fondsleitung die Anleger darüber, auf welche Fondsvertragsänderungen sich die Prüfung und die Feststellung der Gesetzeskonformität durch die FINMA erstrecken. Bei einer Änderung des Fondsvertrages (inkl. Vereinigung von Anteilsklassen) können die Anleger überdies unter Beachtung der vertraglichen Frist die Auszahlung ihrer Anteile in bar verlangen. Vorbehalten bleiben die Fälle gemäss § 23 Ziff. 2, welche mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde von der Publikationspflicht ausgenommen sind.

XI. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

§ 28

1. Der Anlagefonds untersteht schweizerischem Recht, insbesondere dem Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006, der Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen vom 22. November 2006 sowie der Verordnung der FINMA über die kollektiven Kapitalanlagen vom 27. August 2014. Der Gerichtsstand ist der Sitz der Fondsleitung.
2. Für die Auslegung des Fondsvertrages ist die deutsche Fassung massgebend.

3. Der vorliegende Fondsvertrag tritt am 15. Mai 2024 in Kraft.
4. Der vorliegende Fondsvertrag ersetzt den Fondsvertrag vom 10. Oktober 2023.
5. Bei der Genehmigung des Fondsvertrags prüft die FINMA ausschliesslich die Bestimmungen nach Art. 35a Abs. 1 Bst. a–g KKV und stellt deren Gesetzeskonformität fest.

Die Depotbank:

Bank J. Safra Sarasin AG, Basel

Die Fondsleitung:

J. Safra Sarasin Investmentfonds AG, Basel

